

Leipzigs NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHEZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

› JA heißt NEIN zum Anteilsverkauf

Die Leipziger haben es am 27. Januar in ihrer Hand, den Privatisierungswahn zu stoppen **Seite 4**

› Seit' an Seit' mit Karl und Rosa

Wer anders denkt in diesem Land, erlebt alljährlich am Tag der Ermordung der beiden Kommunisten in Friedrichsfelde ein Fest der Gemeinsamkeit **Seite 5**

› Leipzig im Jahre 1933

Eine Hochburg von KPD und SPD wird braun, schneller als andere deutsche Städte **Seite 7**

› Nie wieder Kinderknäste

Bundesdeutsche Kindersklaven kämpfen bis heute um Wiedergutmachung **Seiten 8/9**

2

2008

1,30
Euro

16. Jahrgang
25. Januar
www.
leipzigs-neue.de

Nur 1 Euro
im Abo

Verunsicherung in Reudnitz



Foto: EGE

Kameradschaften und Rechtsextreme provozieren und terrorisieren eine Straße und einen Stadtteil. Bürger in der Leipziger Holsteinstraße setzen sich gewaltfrei zur Wehr und werden mundtot gemacht, denn die Polizei dreht im Haus den Strom ab.

Seite 3

Die Feigen und die Schwachen oder warum man Sicherungen nicht mit Stanniolpapier flicken sollte

Wir wohnen sehr beengt bis in die Mitte der fünfziger Jahre – Mutter, Vater und drei Geschwister – auf Zimmer und Küche in einer Wiener Mietskaseme. Nebst vieler Einschränkungen mussten wir auch mit einem überlasteten Stromnetz in der Wohnung leben. Die Folge war ein häufiges Durchbrennen der Sicherungen. Nötig wären eine Sanierung und der Ausbau der elektrischen Anlage gewesen. Das wusste jeder und jede, aber wir als Mieter konnten das nicht bezahlen und die Hausbesitzerin wollte nicht. So griff mein Vater zu einer damals gängigen, freilich gar nicht ungefährlichen Selbsthilfe: Er verstärkte die Sicherungen, indem er sie mit Stanniolpapier (heute würde man Alufolie sagen) flickte. Dies war wertvoller und extra für diese Zwecke aufgehobener Überrest der Verpackung selten gekaufter Schokolade. Kurzfristig und oberflächlich war die Sache von Erfolg gekrönt. Die Sicherungen hielten. De facto entgingen wir aber einige Male einer mittleren oder größeren Katastrophe, weil wir die nun nicht mehr verhinderte Hitzeentwicklung in den Stromleitungen noch rechtzeitig rochen. Diese Erinnerungen werden bei mir heute lebendig, wenn ich die Debatten um das Jugendstrafrecht und insbesondere um die Bestrafung von gewalttätigen Jugendlichen mit Migrationshintergrund verfolge. Herr Koch aus Hessen, Herr Mackenroth aus Sachsen und ihre Gesinnungsfreunde, sie benehmen sich wie unsere damalige Hausbesitzerin. Sie ignorieren fahrlässigerweise die Ursachen und verzichten nun fast selbst schon strafwürdig vor allem auf die Ursachenbehebung für Kurzschlüsse, diesmal in der Gesellschaft. Was sie empfehlen, ist das starke „Stanniolpapier“, das die Sicherungen halten lässt, ohne die Ursachen für ihren Ausfall anzugreifen.

So gefährlich für uns damals die stanniolflickten Sicherungen waren, so gefährlich ist es, Gewalt immer nur mit Gegengewalt zu beantworten. Da wird es wohl einen Moment hell, aber das Feuer lauert bald anderswo mit viel zerstörerischem Potential. Feige ist die Sache außerdem. Wer sind denn die, die sich hier so gewaltig stark in den U-Bahngängen und auf den Straßen geben? Es sind die Schwächsten in dieser Gesellschaft, die aus ihrer Schwäche nur mehr und für nur wenige Momente durch Gewaltausbrüche flüchten können. Sie wohnen beengt, sie wurden meist selbst Opfer oder zumindest Zeugen von Gewalt in der Familie und auf der Straße, Bildung wurde ihnen vorenthalten, liebevolle Zuwendung blieb zu oft nur der Sehnsucht überlassen und ist aus eigenem Erleben meist unbekannt. Sie blieben zurück auf allen Strecken, sie blieben die Schwachen. Wenn da nicht viel ist mit Kopf, Gefühl und Kultur, dann spürt man nur noch seine Muskeln. Sie allein können noch Überlegenheit begründen, brauchen dafür aber einen Unterlegenen, einen Unterlegenen, der dem sozial und kulturell Schwächsten einen Augenblick der Stärke vorgaukelt. Und nun kommt Herr Koch, kommt Herr Mackenroth und kommen andere und zeigen diesen Menschen nur eines: Du bist auch dort der Schwächere, wo Du Dich stark dünkst, denn auch da sind wir die Stärkeren. Wir sperren Dich ein, wir schicken Dich ins Lager, wir weisen Dich aus und Du kannst nichts dagegen machen. Es sei denn, Du bleibst lautlos der oder die Schwächste. Du darfst boxen lernen, um die Gewalt zu beherrschen, einen Beruf, um keine Gewalt zu brauchen, aber nicht. Die Starken schlagen die Schwachen. Herr Koch führt diese him- und kulturlose Lehre der Straße nicht ad absurdum, nein er bekräftigt sie gerade für jene, die die Schwächsten sind. Die vermeintlich gestärkten Sicherungen führen aber so sehr schnell zu Bränden in der Gesellschaft.

• PETER PORSCH

Auf ein Wort bitte



RALF SCHÄFER, ATTAC

Diesen Sonntag haben die Bürger Leipzigs die Möglichkeit, ein Ausrufezeichen zu setzen, denn sie sind aufgefordert über die Privatisierung der kommunalen Unternehmen zu entscheiden. Dabei geht es vor allem darum, den drohenden Verkauf der Stadtwerke zu verhindern, die jedes Jahr rund 1,8 Milliarden Umsatz und 50 Millionen Euro Gewinn erwirtschaften. Von einem französischen Staatsunternehmen liegt ein Angebot über 520 Millionen Euro für 49,9% der Anteile an den Stadtwerken vor. Was auf den ersten Blick verlockend aussieht, erweist sich beim zweiten Blick schnell als ein vergifteter Apfel. Ein Großkonzern würde doch keineswegs ein städtisches Unternehmen übernehmen, wenn er sich nicht mittelfristig eine vernünftige Rendite daraus verspricht. Diese Rendite würde der Stadt schon sehr schnell fehlen, denn bisher wird mit dem Gewinn der Stadtwerke das Defizit des Nahverkehrs mitfinanziert. Eine Ausdünnung des Netzes und der

Fahrzeiten wäre vermutlich die direkte Folge. Darüber hinaus hat die Abstimmung symbolischen Charakter, denn fast alle großen städtischen Unternehmen der Daseinsfürsorge standen schon im Blickpunkt der Privatisierer von SPD, CDU und FDP: die kommunalen Wasserwerke, die Leipziger Wohnungsbaugesellschaft und die Leipziger Verkehrsbetriebe. Dabei ist ein offenes Geheimnis, worum es den Konzernen und Kapitalgesellschaften geht, die hier einsteigen würden. Nicht um eine „strategische Partnerschaft“ wie unser Oberbürgermeister Burkhard Jung gerne behauptet, noch viel weniger um die soziale und

in Berlin die Preise gestiegen, 2000 Stellen wurden abgebaut und notwendige Investitionen in das Kanalnetz unterbleiben. Jüngst wies eine Untersuchung unter Einbeziehung von mehr als 800 Anbietern auf dem Strommarkt nach, dass hauptsächlich dort, wo die Stadtwerke vollständig oder mit bis zu 49,9 Prozent der Anteile an Konzernen verkauft wurden, die Preise stiegen und die Städte trotz ihrer scheinbaren Mehrheit die Steuerungsmacht verloren. Letztlich kuriert eine Privatisierung nur die Symptome und lässt die Ursachen unangetastet. Den Kommunen werden immer mehr Leistungen aufgebürdet und gleichzeitig die

„Ja“ zu kommunalem Eigentum

ökologische Gestaltung des Wohnortes Leipzigs. Nein, alleine um Profit geht es. Und den erhöht man, indem man wahlweise die Arbeitsbedingungen verschlechtert (in Leipzig stehen ja genug Arbeitslose bereit, um den Job ggf. zu übernehmen), die Stellen ganz abbaut (was dann doch wieder den kommunalen Haushalt belastet) oder eben die Preise erhöht. Da ein Teil der kommunalen Unternehmen alleiniger Anbieter sind, bliebe den Leipziguern nichts anderes übrig, als höhere Preise zu bezahlen. Wer sich Privatisierungen in anderen Städten anschaut, sieht ein, dass das keine Schwarzmalerei ist. So sind z. B. nach der Privatisierung der Wasserwerke

einneh-men gekappt. So haben die Gemeindesteuern seit 1970 in Bezug auf das Brutto-Inlandsprodukt um 35 Prozent abgenommen. Kein Wunder also, dass auch Dresden nach der großen Wohnungsbauprivatisierung schon wieder neue Schulden macht. Privatisierungen können das Finanzproblem langfristig nicht lösen und entziehen den Städten nur die Spielräume, die angesichts der großen Zukunftsaufgaben wie ökologischer Stadtbau, Mobilitätsversorgung und soziales Quartiersmanagement dringend benötigt werden. Deshalb mit „Ja“ stimmen und die Gestaltungsmöglichkeiten in der eigenen Hand behalten!

Ungereimte Kreisreform



Eine Frage an den Links-Parlamentarier Dietmar Pellmann

Warum wird die Kreisgebietsreform Ihre Stimme nicht bekommen?

Ich werde gegen das gesamte Gesetz stimmen, weil es nicht nur viele Ungereimtheiten enthält, sondern weil hiermit insgesamt zusammengenagelt wird, was einfach nicht zusammengehört. Insbesondere betrifft das die Fortsetzung des Kurses der Staatsregierung zur Benachteiligung der Leipziger Region. So ist die Ausgliederung des Kreises Döbeln weder wirtschaftlich noch aus historischen Traditionen heraus zu rechtfertigen. Auch der beabsichtigte Nordkreis ist ein Notgebilde und so kaum lebensfähig. Wer diese Region nicht nur bildlich immer mehr an den Rand Sachsens drängt, muss sich nicht wundern, wenn die Stimmen, die ein wesentlich engeres Zusammengehen mit Gebieten in Thüringen und Sachsen-Anhalt fordern, lauter werden. Mit meinem Bekenntnis richte ich zugleich den Appell an die anderen Abgeordneten aus Leipzig und dem Umland, mit ihrer Stimme gegen die weitere Benachteiligung unserer Region zu protestieren.

Zu den Kreissitzen könnte man sich eigentlich relativ neutral verhalten, da jede in Frage kommende Stadt Vor- und Nachteile hat. Wenn ich meine Stimme dennoch Grimma gebe, dann aus Protest gegen die offensichtliche Kungelei innerhalb der Regierungskoalition.

Dresdner Buche gefällt

Mit SEK gegen Umweltschützer

LN. Die Sonne war noch nicht aufgegangen als der MDR meldete, dass in diesen Minuten die seit Wochen von Umweltaktivisten besetzte Rotbuche am Dresdner Elbufer unter massivem Polizeischutz gefällt wird. Man wollte offenbar vor dem einsetzenden Berufsverkehr alle Spuren des mehrhundertjährigen Baumes, der dem Bau der höchst umstrittenen Waldschlösschenbrücke im Wege stand, beseitigen.

Der Landtagsabgeordnete der Linksfaktion Heiko Kosel versuchte vor Ort, eine Eskalation der Ereignisse zu verhindern und erklärte zu der Nacht- und-Nebel-Aktion: „Erneut hat Sachsens Staatsregierung vor internationaler Medienöffentlichkeit gezeigt, was sie von Naturschutz und Weltkulturerbe hält. Statt auf Dialog wird auf die Säge gesetzt. Dabei ist die Angst vor friedlichem Bürgerprotest so groß, dass sogar das SEK zum Einsatz gebracht wird, dass Umweltaktivisten wie Schwerverbrecher bei Minusgraden gefesselt am Boden ‚abgelegt‘ werden und dass Menschen, die ihre Meinung kundtun in Gewahrsam genommen werden.“

Der die Umweltschützer gefährdende Einsatz von Trennschleifern wurde übrigens mit „Eilbedürftigkeit“ begründet

Das unguete Gefühl ...

„...innen so schnell nicht beweisbar...“
 „Kann einer weiß, ob Riester oder Rürup man eine sichere Rente prophezeien können“, orakelte kürzlich ein anderer „Weiser“ im Wirtschaftsteil einer Tageszeitung. Plötzlich fühle ich starkes Unbehagen in mir aufsteigen, gepaart mit einem Gefühl der Machtlosigkeit, gegenüber Männern, die mein weiteres Leben unangestimmt bestimmen könnten und mir lächelnd gegenüberstehen.
 • JOACHIM MICHAEL

Zitiert aus Kolumne „Gefühles Unbehagen“ in LN 19 / 07

So meine damalige Wahrnehmung nach einer einstündigen Begegnung, in der mich auch der Ex-Arbeitsminister freundlich anlächelte. Die Herren Rürup und Riester saßen nebeneinander. Jetzt sind sie, wenn ich den Agenturen trauen kann, zerstritten, auch darüber, wer nun wen angerufen hat und vor

den „ARD-Monitor-Enthüllungen“ gewarnt habe. Nicht Gefühl sondern Fakt, dass die Riesterreute gerade bei denen nicht funktioniert, die sich ihr schmales Altersbudget aufbessern wollten. Der Staat rechnet Beiträge gnadenlos an. Hätte mich doch damals mein Gefühl nur getrogen!
 • J. M.

Riester-Ente

Besonders perfide sind die scheinheiligen Aufrufe an zehn Millionen und mehr Riester-Menschen, durch das weitere langjährige Zahlen der Beiträge für eine Riesterreute die Regierung erst zu drängen, nun im Nachhinein gesetzliche Bestimmungen gegen den Betrug durch die Banken und Versicherungen ins Leben zu rufen, damit sich die Riester „förderung“ nicht in heiße Luft auflöst. Da kann ich nur in Anlehnung an die Puhdys singen:

**Es - - ist keine Ente,
 wir leben bis zur
 Riester-Rente!
 Denn - - die Riester-Rente,
 sie ist und bleibt die
 allergrößte Ente!**

Wer singt mit? Oder geben sich alle schon verriestert, also auf?
 • INGO GRAF

Studenten-Wohnhaus wieder überfallen

LN. Noch haben sich die Wogen über die Nazi-Demo vom 12. Januar nicht geglättet (siehe S. 3), da wurde in der Nacht vom Samstag auf Sonntag (19./20.1.) das Haus in der Reudnitzer Holsteinstraße erneut Ziel eines Überfalls. Vermummte drangen ein, warfen Blitzknaller in eine der Wohnungen im Erdgeschoss. Im weiteren Verlauf versuchten die offensichtlich rechten Eindringlinge eine Wohnungstür einzutreten. Die Bewohner konnten sich nur schützen, indem sie sich von innen gegen die Tür stemmten. Bereits im November vergangenen Jahres wurde das

besagte Haus, in dem Studierende, Ehepaare, Auszubildende und auch Kinder wohnen, von ca. 35-40 vermummten Nazis mit Leuchtmunition angegriffen und Nazi-Parolen gegrölt. In der Nacht davor wurden zwei 90cm x 90cm große Hakenkreuze an die Hauswand geschmiert. Spontan protestieren am Sonntagabend rund 500 Demonstranten vom Ostplatz zum Haus in der Holsteinstraße. Vor dem Wohnhaus des Anmelders der Nazidemo vom 12.1. in der Oststraße wurden laut antifaschistische Sprechchöre skandiert.

Wo war das Mitgefühl ?

Keine Nachrichtensendung, die in diesen Tagen nicht empört auf die Schließung des Bochumer Nokia-Werkes reagiert. Mit vollem Recht. Meist wird dann auch auf Opel verwiesen und diverse andere Arbeitsplatzplattmacher der gebeutelten Region. Als Ostmensch sitzt man vor den Bildern der erschütterten, die Tränen kaum mehr zurückhaltenden Werksangehörigen und denkt sich: Alles schlimm. Aber wo waren eigentlich die Fernsehkameras - vor allem, wo war die Sorge um das Schicksal der auf die Straße Geworfenen - als die gewiss nur zu einem geringen Teil maroden volkseigenen Betriebe mitsamt Hunderttausenden Arbeitsplätzen innerhalb weniger Monate plattgemacht wurden? Als volle Auftragsbücher und Maschinen und Technik in die „Mutterbetriebe“ im Westen ausgelagert wurden? Wer hörte von den ach so kritischen Journalisten hin, als PDS und auch Gewerkschafter warnten, das hier ein profitabler Großversuch stattfindet, vor dem der Westen des Landes ohne Politikwechsel nicht ewig verschont bleibt?
 • WART
 P.S.: Der 100-jährige Traditionsbetrieb Plauener Gardine - zu DDR-Zeiten mit 5000 Beschäftigten und von der westdeutschen Albani-Gruppe 1995 auf 30 geschrumpft - wird ohne Aufsehen ins Ausland verlagert. Punkt.

Nachbetrachtung zur Nazi-Demo am 12. Januar in Leipzig

Zivilgesellschaft vom Erdboden verschluckt?

Souverän sei, wer über den Ausnahmezustand entscheidet, schrieb seinerzeit der autoritäre Staatstheoretiker Carl Schmitt. Die tagtägliche geschürte Sicherheitshysterie und -darauf aufbauend – die stetig erweiterte staatliche Kontroll- und Ordnungsmacht, bewegt sich genau in diesem zweifelhaften Geiste. Auch in Leipzig scheint seit dem Jahreswechsel ein Ausnahmezustand verhängt. Nach den Ereignissen in der Silvesternacht, als es am Connewitzer Kreuz zu Auseinandersetzungen zwischen Randalierern und Polizei gekommen war, machte die monopolistische Lokalpresse das Schreckensszenario des „Linksextremismus“ auf. Vorschläge zu dessen Bekämpfung waren ebenso schnell bei der Hand: Während der Oberbürgermeister den bundespolitischen Trend zu Gesetzesverschärfungen aufnahm („Die Fachleute sagen zwar immer, das Strafrecht reiche dafür aus. Aber ich glaube das nicht mehr“), warf der SPD-Fraktionsvorsitzende Dyck den Begriff der Internierungscamps in die Diskussion.

Etwas lokalpolitischer gab sich die FDP. Ihr Vertreter stellte die gesamte von der Stadt beförderte freiraumorientierte, alternative Praxis im Stadtteil Connewitz – im übrigen ein Ergebnis lang anhaltender Kämpfe der 1990er Jahre – in Frage.

Mit seinem – recht zweifelhaften – Sachverstand reicherte der rechtskonservative Politikwissenschaftler Eckart Jesse die ketzerische Debatte an. Der ausgewiesene Vertreter der Totalitarismus-Theorie, der sich für die Historisierung des Nationalsozialismus einsetzt und dem Rechtsextremismus keine rechte Gefährlichkeit beimessen will, schwadronierte in einem LVZ-Interview über den Anteil „antidemokratischer“ Einstellungen unter aktiven Antifaschisten. Der DSU-Vertreter im Stadtrat zu Leipzig und Protagonist des rechtskonservativen „Bündnisses für Sachsen“, Karl-Heinz Obser, griff nur zu gern die Jesse'sche Verknüpfung dieser „feindlichen Subjekte“ mit der Partei DIE LINKE auf.

Der Zusammenhang zwischen der Connewitzer-Kreuz-Sil-

vesterszeremonie und solchen politischen Breitseiten bleibt derweil verborgen. Auffällig ist – und dies ist keineswegs neu – die Gleichsetzung von jugendlicher Zerstörungswut mit politischen Einstellungen. Angesichts der politischen Aufladung der „Silvester-Krawalle“ drängt sich unwillkürlich die Vermutung auf, dass es genau darum geht, einen Sündenbock auszumachen, oder: mit Carl Schmitt gesprochen, einen Ausnahmezustand zu verhängen, um diesem dann konzertiert begegnen zu können. So ist es auch wenig verwunderlich, dass das brutale Eingreifen der Polizei in der Silvesternacht weitestgehend unkommentiert blieb. Erst als die öffentliche Meinung eingeschworen und das Connewitz-Bild als Ausnahmezustands-Zone randalierender Horden zementiert worden war, präsentierte die *Leipziger Volkszeitung* Augenzeugen der nächtlichen Intervention der Staatsmacht. Diese unbeteiligten jungen Leute, die am Kreuz in Leipziger Süden feiern und im Zuge der Zuspitzung auch deeskalieren wollten, sprachen von gewaltvollen Schlagstock-Attacken, Pfefferspray und Tritten durch die Staatsmacht. Auch das soziokulturelle Zentrum Conne Island berichtete von polizeilichen Attacken gegen unbeteiligte Gäste ihrer Silvester-Party. Von deeskalierenden polizeilichen Konzepten kann also kaum gesprochen werden.

Mitten in diese angespannte politische Szenerie fiel die Anmeldung einer Demonstration aus dem Nazi-Spektrum. Istvan R. (epaczki), Schlüsselfigur der sich seit geraumer Zeit aktivierenden „Freien Kräfte“ Leipzig, zeichnete verantwortlich für den am 12. Januar

durch den Südosten verlaufenden Aufmarsch mit dem demagogischen Motto „Jugend braucht Chancen“. Die Nazis meinten offenbar, dass es Zeit wäre, ihre Stärke öffentlich zu demonstrieren. Was ihnen an diesem traurigen Januar-Samstag auch gelang.

Im Gegenzug fehlte jeder offizielle oder zivilgesellschaftliche Aufruf zum Protest, ebenso wie warnende Hinweise und Aktionen von Antifaschisten, die die wachsenden Aktivitäten der organisierten Nazis im Leipziger Osten schon länger im Fokus haben. Es war an der LVZ, in den Nachwehen der Silvesterberichterstattung wiederum das Schreckensszenario des „Ausnahmezustandes“ – nämlich Krawallen zwischen den sich gegenüberstehenden „extremistischen Rändern“ – an die Wand zu malen.

Es drängt sich das Urteil auf, dass sich das politische Klima in dieser Stadt gewandelt hat: Ein weitestgehend ungestört vollzogener Naziaufmarsch wie auch Unvermögen und Unwillen der Behörden, die Zwischenkundgebung der extremen Rechten vor dem Haus in der Holsteinstraße, das bereits mehrfach Ziel rechter Drohungen war, zu unterbinden, verweisen darauf. Die „Mühen“ der Ebenen oder das „hohe Gut des Versammlungsrechtes“, die ein konsequenteres Einschreiten gegen die Nazidemonstration bereits auf institutioneller Ebene verhindert hätten, können dabei kaum als stichhaltiges Argumente erhalten. Doch damit nicht genug: am 12. Januar drang die Polizei widerrechtlich in das von Nazis bereits überfallene und von Studierenden bewohnte Haus ein, verletzte damit

Gundrechte, beschimpfte die Bewohner, und stellte den Strom ab. – Um zu verhindern, dass die jungen Leute mit Musik (wie aggressiv!) die dumpfen, volksverhetzenden Parolen der Nazis überhöhen.

In Leipzig, das einstmals wegen seines spektrenübergreifenden und oft erfolgreichen Widerstandes gegen die regelmäßigen Naziaufmärsche von Christian Worch bewundert wurde, haben wir es offenbar mit einem Rollback zu tun.

Symptomatisch dafür steht die den 12. Januar resümierende Pressemitteilung des Ordnungsdezernates: „Die zwei angemeldeten Demonstrationen in Leipzig sind heute friedlich verlaufen. (...) Auch künftig wird die Kommune extremistischen und gewaltbereiten Gruppierungen mit geeigneten Mitteln konsequent begegnen“, heißt es darin. Symptomatisch dafür steht aber auch die scheinbar vom Erdboden verschluckte Zivilgesellschaft aus gewerkschaftlichen und politischen Akteuren, aus Kulturschaffenden und sozial Engagierten. – All jene müssen sich bewusst machen, dass eine politische Linie, die den ungestörten Verlauf einer Nazidemonstration begrüßt und linke Weltanschauung auf Krawallmacherei und antidemokratische Ambitionen reduziert, nicht nur ein Armutszeugnis ist, sondern potentiell zur Verharmlosung rechter Denk- und Handlungsweisen beiträgt. Das Unwissen um die drohende rechte Hegemonie im Leipziger Osten und der dilettantische und politische Bewertungen entbehrende Umgang mit der Nazidemo am 12. Januar sprechen leider diese Sprache.

• JULIANE NAGEL



Zwei Reudnitzer Transparente. Dahinter stehen Meinungen und Halbtungen. Fotos: EGE

Randnotiz

In einem Brief an den Oberbürgermeister und die Stadträte schreibt das „Bündnis Ladenschluss“:

„Was uns aber am meisten aufbringt, ist, dass es die Behörden dieser Stadt zugelassen haben, dass im Rahmen der neonazistischen Demonstration eine Kundgebung vor einem Haus in der Holstein / Ecke Lipsiusstraße abgehalten werden durfte. Dieses Haus war am 22. 11. 2007 Ziel eines Angriffs von einer Gruppe von 30 bis 40 Neonazis aus dem Umfeld der „Freien Kräfte Leipzig“, jenen Leute also, die auch die Demonstration am 12.1. angemeldet haben. Auch mit Hakenkeuzschmierereien haben die Bewohner bereits im vergangenen Jahr zu kämpfen gehabt. Den Behörden lagen entsprechende Anzeigen vor. Spätestens seit dem Bekanntwerden der Route der Nazis und der Intervention der Bewohner des Hauses, hätte die Kundgebung an diesem Ort untersagt werden müssen! Es kann als sicher gelten, dass dieser Kundgebungsort nicht zufällig gewählt wurde. Kein Exponent der Stadt rief die Leipziger auf, sich den Nazis entgegenzustellen.“

Der Vorsitzende des Leipziger Stadtverbandes Die Linke.

Dr. Volker Külow zu den Vorgängen:

„Es wurde deutlich, dass sehr zügig parteiinterne Kommunikationsabläufe und dadurch die Mobilisierungsfähigkeit der Leipziger Linkspartei bei kurzfristig anberaumten antifaschistischen Aktionen verbessert werden müssen. Die dafür notwendigen Schritte werden im Stadtvorstand und der AG Antifa diskutiert. Auf dem 1. Stadtparteitag am 23. Februar wird ein Konzept verabschiedet, dass in seiner Komplexität den vielfältigen Ursachen der leider auch in unserer Stadt anwachsenden rechtsextremistischen Bewegung gerecht wird.“

„Ja“ heißt

NEIN
zum Anteilsverkauf

heißt „Ja“

Irritationen, Diskussionen und Fragen vor dem Bürgerentscheid

Sage keiner, dass er auf Anhieb den Durchblick hat, um am Sonntag das Kreuz auf der, nach seiner Ansicht, richtigen Stelle zu machen. Eine ohnehin komplizierte Sache wird durch Plakate noch etwas verworrener. Inzwischen hat es sich zumindest bei denen, die in den letzten Tagen die vielen Bürgerforen besuchten, herumgesprochen: Das Kreuz bei „Ja“ heißt: keine Privatisierung der Kommunalen Unternehmen und Betriebe der Stadt Leipzig, die für unseren Alltag lebensnotwendig sind.

Als dazu auch hoch über Leipzigs Dächern in der Kuppelhalle der LVZ diskutiert wurde, waren die Tickets schon nach einer halben Stunde nach Terminbekanntgabe „ausverkauft“. Und die geplanten neunzig Minuten wurden um weitere sechzig Minuten verlängert.

Eines steht fest: Auch bei dieser Diskussion war es nicht möglich, in alle Feinheiten der 47 Vertragsordner einzudringen. Nur eines zeigten die Fragen der Zuhörer überdeutlich: Viele Leipziger misstrauen diesem geplanten Anteilsverkauf und lachten an jenem Abend den Stadtrat der FDP Sven Morlock aus, als der formulierte, „dass mit der von seiner Fraktion bejahten Privatisierung die Strompreise sinken werden.“ „Wieso soll eine gute Fee aus Frankreich den Klein-Parisern etwas Gutes tun, ohne nicht nur an den eigenen Vorteil zu denken, zumal sich hier David und Goliath gegenüberstehen...“, erwiderte ein Leipziger. Nicht vergessen hatten auch viele der Anwesenden, dass vor nunmehr zehn

Jahren schon einmal Anteile der Stadtwerke verkauft wurden. Die damaligen Gründe ähnelten den heutigen Argumenten. Das Ergebnis ist bekannt. Voraussagen trafen nicht ein, der Verkauf wurde rückgängig gemacht.

Auch jenseits der Elbe werden derzeit Unternehmen zurückgekauft und der Hamburger Oberbürgermeister Ole von Beust bezeichnete es „als den größten Fehler den die Stadt gemacht hat“, als

in solchen Foren nicht zu sehen sind“. „Wieso traut uns der OBM nicht zu, gut zu wirtschaften?“, fragen die Mitarbeiter der Stadtwerke. Immerhin: 2006 setzte das Unternehmen mehr als 1,7 Milliarden Euro um. Der Gewinn betrug 54 Millionen. Und es ist bekannt, dass diese Mittel auch dafür eingesetzt werden, die Straßenbahnfahrten in der Stadt nicht noch mehr zum „Spiel ohne Grenzen“ werden zu lassen. Wichtig ist vielen, dass am 27. keiner zu bequem ist, die Schritte ins Wahllokal zu tun. „Sind sie dafür, dass die kommunalen Unternehmen und Betriebe der Stadt Leipzig, die der Daseinsvorsorge dienen, weiterhin zu 100 Prozent in kommunalem Eigentum verbleiben?“ Das ist dann die Frage. Es geht also mit der Antwort nicht nur um den Anteilsverkauf der Stadtwerke.

An das Resultat des Bürgerentscheides sind der Oberbürgermeister und der Stadtrat für drei Jahre gebunden.

„Privatisierungen treffen immer die Armen“, meinte jemand und dann ging bergab ... im Fahrstuhl aus der Kuppelhalle des LVZ-Forums. Draußen regnete es und ein junger Mann verteilte die frischgedruckte Zeitung: „27. JANUAR ZU LEIPZIG“. Inzwischen dürften die acht Seiten in vielen Briefkästen sein. Wir lernen: „JA“ heißt „NEIN“ zum Anteilsverkauf der Stadtwerke.“



Unübersehbar: Die kleinste Stadtratspartei FDP klebt die größten Plakate. (4 mal 5 Meter) Auch am Westplatz in der Nähe des „Bürgerinitiative-Büros“, wenn auch von Leipziguern „konkretisiert“.

Foto: LN

sie ihre Stadtwerke auf dem internationalen Markt feilbot.

Derzeit taucht in vielen Diskussionen auch der gar nicht mehr in Mode scheinende Begriff des „Volks-eigentums“ wieder auf. Viele Leipziger sind den Initiatoren des Bürgerbegehrens dankbar, dass jetzt so umfangreich über diese Angelegenheiten diskutiert wird. Viele wundern sich, „dass meist nur der OBM redet und seine Finanz- und Wirtschaftsbürgermeister

Im SPD - Ortsverband Süd / Ost notiert:

AUSFÜHRLICH BEGRÜNDETE GUNTER MÜLLER die Haltung der SPD-Stadtratsfraktion. Für eine Veräußerung der LWB und der Stadtreinigung gibt es keine Mehrheit im Rathaus. Gleiches trifft auch auf Verkäufe von Anteilen der Leipziger Verkehrsbetriebe und Wasserwerke zu. Gunter Müller widersprach, dass die SPD mit der CDU-Fraktion für einen Verkauf der Holding der Leipziger Versorgungsunternehmen SWL, KWL und LVB stimmen werde. Ausnahme ist die Teilprivatisierung der Stadtwerke. Man hofft mit einem stabilen Partner auf dem Weltmarkt auch auf risikobehafteten Geschäftsfeldern tätig zu sein.

Nicht überzeugend - in der Abendrunde die Feststellung, dass mitunter öffentliche Unternehmen nicht gut geführt würden. Zwischenrufer merkten an, dass dies doch im gleichen Umfang auch auf privat geführte zutrifft. Zahlreiche SPD-Mitglieder und Gäste äußerten ihren Unmut über die FDP-Lösung: „Stadtwerke verkaufen – Kitas sanieren“ und meinten: Dazu brauchen wir wohl einen „volkseigenen Partner aus Frankreich.“ Ein Teilnehmer dazu: „Ich stimme beim Bürgerentscheid mit 'Ja', damit die Diskussionen zur Privatisierung ein Ende haben“. Mit Spannung wurden die Ausführungen von Prof. Conrad Weiß erwartet, der Mitglied im SPD-Ortsverband Süd/Ost ist. Beim Bürgerbegehren sagt eine Mehrheit, dass es nicht richtig ist, kommunale Unternehmen zu verkaufen. Die SPD meint, dass aus dem Verkaufserlös der Stadtwerkeanteile Kredite der LVV und der Stadt zurück geführt und 160 Mio. Euro für Investitionen eingesetzt werden sollen. Weiß sei entsetzt über die magere Datenlage aber er kann sich ausrechnen, dass, wenn für einen 49%-Anteil 520 Mio. Euro geboten werden, das Unternehmen ca. 1,2 Mrd. € wert ist und ein Gewinn von 54 Mio. € im Jahr 2006 erwirtschaftet wurde, was einer Rendite von über 5% entspricht. Da ist es nicht nachvollziehbar, ein Unternehmen mit einer 5%-Rendite zu verkaufen, um Kredite mit 4 - 4,5% Zinsen abzulösen. Weiß erinnerte, dass Gaz France auch andere Firmen kaufen will, Energiepreise in ihrer Entwicklung erst am Anfang stehen und in der BRD die E-Werke in den 50er Jahre staatliches Eigentum waren. Den Investor interessiert die Rendite, nicht Leipzig. Ein Anteilsverkauf würde das unter großen Mühen von Eltern und Großeltern Geschaffene den Kindern und Enkeln rauben. Dazu - so Weiß - haben wir kein moralisches Recht - das ist keine Ideologie, sondern Gewissen.

•SIEGFRIED SCHLEGEL

Gunter Preuß

„Sprachlose Bürger werden mündig“

Der geplante Anteilsverkauf der Stadtwerke gleicht einem Handstreich, mit dem die Stadtväter ihr schlappes Geldsäckel auffüllen wollen. Bei Geldgeschäften wird gewöhnlich nicht nach den Menschen gefragt. Die sind in mancherlei Hinsicht selbst zur Ware geworden. Ich kann hier also keinem mit Moral kommen.

Mit sardonischem Lachen könnte man sagen, es ist doch gehüpft wie gesprungen, ob die Stadt oder ein Konzern dem Bürger das Fell über die Ohren zieht. Aber die Stadtwerke sind mir dann doch in Händen der Stadt lieber, als wenn profitstüchtige Milliardäre auch nur den kleinen Finger drauf haben. Die Politiker denken im Tagesgeschäft oft nicht über die Stunde hinaus.

Wenn sie konsequent vergangenheitsbewusst und zukunftsorientiert denken würden, käme es zwangsläufig zu unpopulären Entscheidungen. Dann würden einerseits die Wirtschaftsbesse heftig an ihrem Stuhl rütteln, und andererseits würde ihnen das Volk zur nächsten Wahl die Stimme verweigern. Auch in der Demokratie beißt sich also die Katze in den Schwanz.

Der Leipziger Bürgerentscheid macht nun den sprachlosen Bürger mündig. Jetzt muss er aber auch auf dem Stimmzettel seiner Meinung Gewicht verleihen. Ich jedenfalls werde mich gegen den Anteilsverkauf der Stadtwerke entscheiden.

„Der Verkauf gewinnstarker und zukunfts-trächtiger Unternehmen hat nichts mit Nachhaltigkeit zu tun! Unsere Enkel wollen nicht nur einen möglichst geringen Schuldenstand erben, sondern auch Instrumente, um vor Ort Probleme zu lösen und Gewinne erwirtschaften zu können.“

CHRISTIAN UHDE, OBERBÜRGERMEISTER (SPD) VON MÜNCHEN.

**Margitta Hollick
„Alle Reservestühle waren besetzt“**

Auch im Berggut von Holzhausen trafen sich Bürgerinnen und Bürger mit Stadträten und Vertretern der Initiative „Stoppt den Anteilsverkauf“, um zu diskutieren. Der Abend war sehr gut besucht. Eingeladen waren alle Fraktionen – Befürworter des Verkaufs (SPD, CDU, FDP) und Gegner der Privatisierung (Bürgerinitiative, Die Linke. und Bündnis 90 / Die Grünen) – gefehlt haben an diesem Abend allerdings CDU und FDP.

Fragen nach der kommunalen Bedeutung der Stadtwerke für Leipzig und den Auswirkungen einer Teilprivatisierung auf das städtische Leben z. B., den öffentlichen Personennahverkehr interessierten ebenso wie: warum ist der Schuldenstand der Stadt so hoch und muss deshalb eine Teilprivatisierung erfolgen oder welche Folgen hätte diese auf die Arbeitsplätze in Leipzig? Dabei spielten die Stadtwerke und Unternehmen wie Verbundnetz Gas aber auch der einheimische Mittelstand, der Aufträge aus den kommunalen

Unternehmen erhält, eine Rolle. Probleme wie Daseinsvorsorge, nachhaltige Entschuldung der Stadt oder wie kann man bei so einem Kaufpreis den Verkauf ablehnen, wurden debattiert. Die Antworten waren unterschiedlich; ebenso die Meinung der Holzhausener. An diesem Abend sprach sich jedoch eine eindeutige Mehrheit gegen einen Verkauf der Stadtwerke-Anteile aus.

Ein schwieriges Problem übrigens für die Leipziger SPD: Nicht wenige Mitglieder ihrer Basis engagieren sich in der Bürgerinitiative für den Erhalt des städtischen Eigentums, berichtet Sprecher Mike Nagler. Einig waren sich aber alle in einem: der erste Bürgerentscheid in Leipzig ist Ausdruck und Möglichkeit Demokratie zu zeigen und geforderte Mitbestimmung wahrzunehmen. Man wird auf Freunde und Nachbarn zugehen und sie auffordern ihr Wahlrecht zu nutzen. Auch hier ein langer Diskussionsabend. Und nach der Veranstaltung blieben noch viele „Grüppchen“ im Gespräch.

Ohne Zweifel ist die Thematik sehr umfassend und für den „Durchblick“ nicht einfach, aber der Wille, eine sachkundige Entscheidung zu treffen, ist da. Man schaut gespannt auf den 27. Januar 2008.



Seit' an Seit' mit Karl und Rosa

Kommunismus – Ich will ein Kind von dir! Wir freuen uns immer noch über diesen klaren, hoffnungsfrohen Wunsch, als der junge Mann mit seinem Plakat längst unseren Blicken entschwunden ist und andere Transparente unsere Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Ist doch neckisch, dieses „Zurück zur 35-Sekunden-Woche!“ Aber es könnten auch 35 Stunden wär. Würd schon ein Erfolg heutzutage. Schmerzlich die wieder aktuell gewordene Liebknecht-Mahnung aus dem Kriegsjahr 1915, der Hauptfeind, nämlich der deutsche Militarismus, steht im eigenen Land. Fast dreißig Minuten dauert es, bis der Demonstrationzug an uns vorbei ist. Tausende und abertausende Linke aller Schattierungen, die sich heute zu Ehren von Karl und Rosa über ihre mitunter sehr überflüssigen Zänkereien hinweg zu einem kräftigen Rot vermischen. Attac, solid – der linke Jugendverband, die FDJ, der Bund der Antifaschisten, Maoisten, Trotzkisten, türkische Kommunisten, Kurden, Iraner, die ihre Kinder nicht generell zu Kriminellen abstempeln lassen wollen, die MLPD, und unzählige andere antikapitalistische, antimilitaristische Initiativen und Gruppen wie die zur Befreiung von Mumia Abu-Jamal oder der Kuban Five, sie alle schwenkten kurz vor 12 Uhr von der endlos langen Demostrecke Frankfurter Allee kommend in die Gudrunstraße hin zur Gedenkstätte der Sozialisten im Friedhof von Friedrichsfelde ein. Froh –

wie jedes Jahr – noch gut zu Fuß dabei zu sein, ein paar Leipziger Genossinnen der AG Senioren der Linkspartei. Ein regelrechtes Meer roter DKP-Fahnen, getragen von Abgesandten aus fast allen Teilen der Bundesrepublik, unterstreichen die Mobilisierungskraft dieser kleinen Partei und bekräftigten die Forderung nach Respekt, die der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr erst vor wenigen Tagen in einem Interview mit der *jungen Welt* von der Linkspartei erhoben hatte, deren Verantwortliche so taten, als existierten andere linke Gruppierungen gar nicht. Immerhin schritt Sahra Wagenknecht an der Demonstrationsspitze und hatten es sich zahlreiche Berliner Basisgruppen der Linken nicht nehmen lassen, im bunten Feld mitzumarschieren. Ein Feld, in dem übrigens die Jugend auffallend dominierte. Was manches Herz zusätzlich höher schlagen ließ, die Jungen fechten's besser aus ...

Aber ob nun an diesem 13. Januar im Demonstrationzug oder als einer der Zigtausenden (von 70 000 ist später die Rede, was längst nicht reichen dürfte), die alleine, in Familie oder mit Freunden unterwegs zu Karl und Rosa sind, wohl kaum einer möchte das Gefühl dieses Tages missen. Meine Begleiterin ist über sich selber erstaunt, als sie mitgerissen von der Stimmung der Massen einstimmig: „Dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen, der Rosa Luxemburg reichen wir die Hand ...“ Jahrelang habe

sie solche Lieder nicht mehr gesungen. Ein schönes Gefühl. Wenige Meter weiter dann die Schalmeikapelle mit der Internationale und fröhlich wippt Elvira im Takt – wie um sie herum die im Laufe des Vormittags immer dichter gewordene Menschenmenge. Der Strom reißt nicht ab. Der Nelkenberg für Karl und Rosa am Gedenkstein „Die Toten mahnen uns“, aber auch für Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Ernst Thälmann, Rudolf Breitscheid, Franz oder John Schehr wächst und wächst. Rote Nelken auch an der Ringmauer, besonders viele wieder für Werner Lamberz, aber auch für Wilhelm Liebknecht, für Friedrich Wolf oder Rosa Thälmann und die vielen anderen Sozialisten, die hier geehrt werden. Gegenüber an dem im vorigen Jahr aufgestellten Spalterstein „Für die Opfer des Stalinismus“ sind neben zahlreichen Kameras nur wenige Leute und natürlich liegt auch wieder ein Kranz für die Opfer der SED-Diktatur. Das sagt genug. Möge sich wenigstens der Diskussionsvorschlag der letzten Wochen durchsetzen, die Inschrift zu ändern, klar zu sagen, das hier sozialistische, kommunistische Opfer des Stalin-Regimes geehrt werden. Sonst werden die einer Gedenkstätte unwürdigen Streitigkeiten und Beschädigungen nicht ausbleiben.

In der Gudrunstraße hin zur Gedenkstätte der übliche Trubel, links und rechts Stände, Informationsmaterial noch und noch. Hier verteilt ein junger

Mann Flugblätter der Initiative für den „Zug der Erinnerung“ auch an die 12 000 deutschen Kinder, die die Faschisten mit der Eisenbahn nach Auschwitz in den Tod schickten. Nun will die Bundesbahn die Initiative, die das Gedenken auf den Weg brachte zusätzlich abkassieren, und Minister Tiefensee scheint das ganz okay zu finden. Dort wird kostenlos die aktuelle Ausgabe der *jungen Welt* verteilt und daneben wirbt „Ossietzky“ für sich. Am Stand der Rosa-Luxemburg-Stiftung auch Prof. Kinder, der Leipziger Geschäftsführer. Hans Coppi, von Faschisten zur Vollwaise gemacht, nachdem ihm seine Mutter im Gefängnis gerade noch das Leben schenken durfte, verteilt ein Lesebuch zur Geschichte und Gegenwart der VVN. G-8-Gipfel-Gegner treffen sich hier wieder und berichten in Flugblättern über ihre Verfolgung als „Terroristen“. Hermann Kant kommt nicht von der Stelle. Egon Krenz auch nicht, Händeschütteln, Umarmungen, Wiedersehensfreude, Diskussionen ohne Ende. Neben dem Kommunistischen Manifest gibt es Maos Texte ebenso zu kaufen wie Kittners Programme auf CD, T-Shirts mit frechen wie kämpferischen Losungen und natürlich tiefroten Glühwein und Thüringer Rostbratwurst. Ein Volksfest der Solidarität, der fröhlichen Gesichter, der Gemeinsamkeit. Schade, wer das nicht wenigstens einmal erlebt hat. Es lädt auf, macht Mut, gibt Kraft.

• MAXI WARTELSTEINER

Zunehmend werden auch in unserer sächsisch/sachsen-anhaltischen Region Güter aus der öffentlichen Daseinsfürsorge in Privathand entlassen. Die Begründungen gleichen sich: Die Privatisierung sei für die Haushaltskonsolidierung unumgänglich. In Halle und Dresden waren es Wohnungen, die verkauft wurden. In Leipzig geht es um die Privatisierung der Stadtwerke und in Dresden um die im städtischen Eigentum stehenden Krankenhäuser. Interessant zu erfahren ist vor allem bezüglich letztgenannter Privatisierungsabsicht, wie bei der 100 %igen Privatisierung der städtischen Krankenhäuser in Hamburg vorgegangen wurde und wie die Situation danach aussieht.

Im Dezember 2004 stand die Lesung über einen Antrag des Hamburger Senats zur Teilprivatisierung des Landesbetriebes Krankenhäuser (LBK) an. Der Gesundheitsminister versprach, dass der Teilprivatisierung nur zugestimmt werde, wenn 1. die medizinische Versorgung auf qualitativ hohem Niveau gesichert und verbessert wird,

2. die Mitarbeiter für ihre Arbeitsplätze eine Zukunftsgarantie erhalten,

3. der Wirtschafts- und Medizinstandort gestärkt werde und

4. der Haushalt von Zukunftsrisiken entlastet werde.

So oder so ähnlich werden sich die Beuerungen der BefürworterInnen des Verkaufs der städtischen Krankenhäuser von Dresden auch anhören, wenn die Privatisierung im Stadtrat auf die Tagesordnung kommen wird.

Die Privatisierung des LBK in Hamburg ist bisher das größte Beispiel einer Krankenhausprivatisierung in Europa. Der Verkauf erfolgte in zwei Tranchen zu 49,9% und 25 % und die Geschäftsleitung ging sofort an Asklepios, einem privatwirtschaftlichen Klinikunternehmen. Der deutsche Krankenhausesektor war bislang durch eine gewisse Bandbreite an Eigentumsverhältnissen gekennzeichnet. Es gibt Krankenhäuser, die vom Staat, von Kirchen oder von Wohlfahrtsverbänden betrieben werden und private Krankenhäuser, die sich auf spezielle Operationen und Behandlungen konzentriert haben. Seit der Vereinigung Deutschlands ist der Anteil privater Krankenhausträger von 14% auf 25 % gestiegen. Wobei die drei größten Kranken-

Das Geschäft mit der Krankheit blüht

Stadtkassen wie Private – jeder will sich nur bereichern

hausbetreiber Europas alle aus Deutschland kommen: Helios, Asklepios und Rhön-Kliniken. In den 1990er Jahren wurden vornehmlich in Ostdeutschland kleine Spezialkliniken privatisiert. Seit dem Jahr 2000 werden auch in den alten Bundesländern große medizinische Versorgungseinrichtungen verkauft. Seit 2005 hat der Umfang an Privatisierungsvorhaben solche Ausmaße angenommen, dass das Bundeskartellamt mehrere Privatisierungsvorhaben untersagt oder nur mit Auflagen gestattet hat.

In Hamburg hat der Senat einen der wichtigsten Bereiche der Daseinsfürsorge aufgegeben. Die Krankenhausprivatisierung ist mit einem Abbau demokratischer Rechte und Kontrolle einhergegangen, die medizinische Versorgung hat sich verschlechtert, fast 2000 Mitarbeiter sahen im Klinikbetrieb für sich keine Perspektive mehr, Asklepios weigert sich, den Tarifvertrag Öffentlicher Dienst zu übernehmen, steigert die Arbeitsintensität und den Kostendruck auf die Mitarbeiter. Eine Entlastung des Senatshaushaltes ist auch durch die Art und Weise der Ausgestaltung des Kaufvertrages nicht zu erwarten. In einer Patientenbefragung der Tech-

niker Krankenkasse landeten die Asklepios-Krankenhäuser auf den letzten Plätzen. In einem öffentlichen Krankenhaus kümmert sich eine Kraft um 164 Betten, in einem privaten Krankenhaus sind 208 Betten zu versorgen. Die durchschnittliche Verweildauer in deutschen Kliniken ist von 12,5 Tagen 1993 auf 8,6 Tage in 2005 gefallen.

In Dresden wurde von der Stadtverwaltung eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt, die ein 60-seitiges Exposé erstellt hat (jede Seite kostete einen vierstelligen Betrag). Selbstverständlich kommen die Berater zu dem Schluss, dass es günstig wäre, die städtischen Krankenhäuser zu privatisieren. Aus der Stadtratsvorlage zum Jahresabschluss der städtischen Eigenbetriebe geht hervor, dass das Klinikum Friedrichstadt einen Überschuss von 121 000 und das Neustädter Krankenhaus von über eine Million Euro erwirtschaftet haben.

Laut Stadtratsbeschluss müssen die Krankenhäuser Friedrichstadt 570 000 und Neustadt 430 000 Euro an die Stadt abführen. Der Bürgermeister, der für die Krankenhäuser zuständig ist, suggeriert mit seiner Frage in einem Interview:

Courage zeigen bei Abstimmung zur Kreisreform!

LN. Ministerpräsident Milbradt scheint inzwischen tatsächlich Angst um die Kreisreform zu haben, denn es geht um sein politisches Überleben. Kaum allerdings um eine bürgernahe Verwaltung und um zweckmäßige Kreiszuschnitte und Kreissitze.

Michael Friedrich, kommunalpolitischer Sprecher der Linksfraktion und Obmann im Innenausschuss sieht ihn bei der zum

wichtigsten Projekt dieser Legislatur hochgejubelten Reform buchstäblich mit dem Rücken zur Wand stehen: „Wenn nur noch massive Drohungen verbunden mit Falsch Aussagen zum Koalitionsdeal pro Borna – kontra Grimma die Abstimmungsdisziplin der Koalitionäre retten können, steht es schlimm um die parlamentarische Demokratie.“

Eine bessere, also eine bürgerfreundliche Lösung in Sachen Kreisreform wäre immer noch möglich, auch wenn Milbradt die Koalitionäre mit allen unlauteren Mitteln einschwören will, keine Änderungen am „Reformpaket“ der Landesregierung zuzulassen.

„Wollen wir auch zukünftig Krankenhäuser, die ohne Zuschüsse aus der Stadtkasse auskommen?“, dass die Krankenhäuser von der Stadt bezuschusst werden. Was ist nun hier richtig – Zuschuss aus der Stadtkasse oder Überschusserwirtschaftung? Oder werden die BürgerInnen für dumm verkauft?

Mit dieser nicht einmal dem erwirtschafteten Überschüssen entsprechenden Entnahme kann man einerseits die Krankenhäuser gegeneinander ausspielen und andererseits können sie ihren Überschuss nicht selbst für Investitionen oder andere notwendige Entscheidungen zurücklegen. (In der Dezember-Stadtratssitzung wurde der Antrag der Fraktion DIE LINKE, der geplanten Entnahme von einer Million Euro aus den Krankenhäusern nicht zu zustimmen, abgelehnt.) Der Bürgermeister ist zwar der Meinung, dass die Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft bleiben sollen (als GmbH?), dass aber die Lohnkosten, die 70 % der Ausgaben ausmachen, in den Griff zu bekommen sein sollten mit einem Haustarif, statt nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes. Das ist es! Also, wenn weniger Löhne gezahlt werden müssten, könnte die Stadtkasse noch mehr Überschüsse von den Krankenhäusern, sofern sie dann noch städtische Eigenbetriebe sein sollten, herausziehen! Die beiden Krankenhäuser arbeiten jetzt schon auf freiwilliger Basis zusammen. Warum sollten sie das nicht auch weiterhin tun? Warum braucht die Stadt Geld aus den Überschüssen der Krankenhäuser, wo doch die oberste Begründung für den Verkauf der WOBA-Wohnungen die Sanierung des Stadthaushaltes und danach die Freude über die erste schuldenfreie Großstadt in ganz Deutschland so riesig war.

Ich jedenfalls werde die Unterschriftensammlung gegen die Krankenhausprivatisierung unterstützen und als Parteimitglied mich dafür stark machen, dass die parteipolitischen Grundsätze in der Kommunalpolitik von den KommunalpolitikernInnen, die für die Partei in Ämtern gekommen sind, umgesetzt werden.

• **GISELA SCHEDER-WEDEKIND**
Mitglied des Vorstandes der LAG
Betrieb & Gewerkschaft Sachsen
Sprecherin der Landesgruppe Sachsen
der Sozialistischen Linken

9. Januar

Leipzig: Um die zerstörte Leipziger Paulinerkirche scheint sich ein neuer Streit zu entzünden. Der Paulinerverein fordert, dass das neue Gebäude in erster Linie als Kirche und bei Bedarf auch als Aula genutzt werden soll. Geplant ist hingegen, das moderne Paulinum als Aula zu nutzen. Eine Kirche sei nicht vermittelbar, so Unirektor Häuser.

10. Januar

Chemnitz: Auf Grund von Besucherbeschwerden warnt ein Hinweischild mit dem Text „Einige Werke sind ungeeignet für Kinder“ im Chemnitzer Museum Gunzenhauser jetzt vor den freizügigen Bildern des Malers Otto Dix, zu denen auch die berühmten Bordellszenen mit nackten Prostituierten gehören. Die Museumsleitung erklärte, man wolle mit dem Schild keineswegs vor der Dix-Kunst warnen.

12. Januar

Bad Elster: Bei Bohrungen in Bad Elster ist in einer Tiefe von 920 Metern eine neue Thermalquelle gefunden worden. Die Temperatur des Salzwassers liegt bei 36 Grad. Der Gehalt an Mineralstoffen ist

SACHSEN-CHRONIK

(9. Januar bis 20. Januar)

höher als in den sächsischen Staatsbädern Bad Elster und Bad Brambach. Mit einer Bohrung bis in 1200 m Tiefe soll nach weiteren Quellen gesucht werden, die noch heißer sein könnten. Die Kosten für die bisherigen Erkundungen belaufen sich auf etwa eine Million Euro.

13. Januar

Plauen: Zur Förderung einer gesunden Körperhaltung gibt es an der Mittelschule in Neumark ein Klassenzimmer ganz ohne Stühle. Die Schüler werden dort an Stehpulten unterrichtet – allerdings jeden Tag nicht länger als 65 Minuten.

14. Januar

Dresden: Hausmüll aus dem italienischen Neapel wird in die Abfallbehandlungsanlage Cröbern geliefert (bei deren Bau Mülltourismus ausdrücklich

ausgeschlossen worden war). Die Grünen kritisierten den Müllimport und warfen der Landesregierung eine verfehlte Abfallpolitik vor.

16. Januar

Dresden: Bei einer länderübergreifenden Aktion hat die Polizei in Sachsen umfangreiches rechtsextrêmes Propagandamaterial beschlagnahmt. Die Ermittler durchsuchten acht Firmensitze und Wohnungen in allen drei Regierungsbezirken. Dabei wurden CDs und Zeitschriften mit volksverhetzendem Inhalt gefunden. Gleichzeitig erfolgten Durchsuchungen in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg. Vorausgegangen waren in dieser Angelegenheit Ermittlungen der Berliner Behörden.

19. Januar

Dresden: In der sächsischen Korruptionsaffäre haben zwei Ex-Prostituierte hochrangige Juristen erheblich belastet. Wie der „Spiegel“ berichtet, haben die Frauen bei ihrer Vernehmung durch die Staatsanwaltschaft zwei Juristen als Freier bezeichnet. Der eine sei ein heutiger Amtsgerichtspräsident. Der andere habe als Richter des Leipziger Landgerichts das Urteil gegen den Betreiber des Bordells gesprochen, in dem die damals Minderjährigen arbeiteten. Die Juristen bestritten die Vorwürfe.

20. Januar

Plauen: Das Traditionsunternehmen „Plauener Gardine“ steht offenbar vor dem Aus. Wie die „Freie Presse“ berichtet, soll die Produktion bis Ende Juni dieses Jahres eingestellt und nach Augsburg bzw. ins Ausland verlagert werden. In dem Werk sind zur Zeit noch 30 Mitarbeiter beschäftigt. Für sie soll ab der kommenden Woche ein Sozialplan erarbeitet werden. Die „Plauener Gardine“ gehört seit 1995 zur Augsburgsberger Albani-Gruppe.

Der Band „Leipzig wird braun“ aus dem Lehmann Verlag ist eine Auswahl von Texten aus der *Neuen Leipziger Zeitung* des Jahres 1933, die aus der Anfang der zwanziger Jahre erfolgten Fusion des *Leipziger Tageblattes* und der *Leipziger Zeitung* hervorgegangen war. Während die beiden Arbeiterzeitungen *Leipziger Volkszeitung* (SPD) und *Sächsische Arbeiterzeitung* (KPD) bereits seit März 1933 verboten waren und die *Leipziger Neuesten Nachrichten* sich längst in nationalsozialistisches Fahrwasser begeben hatte, war die *NLZ*, die ein Jahrzehnt die liberale Strömung des Leipziger Bürgertums repräsentiert hatte, zwar ab März/April 1933 „gleichgeschaltet“ worden, aber derzeit noch ein Blatt, dem es gelang, sich von antisozialistischer und antisemitischer Hetze fernzuhalten. Vorrangiges Ziel der Auswahl der Texte, die chronologisch angeordnet sind, war es, die Etablierung der NS-Diktatur in Leipzig widerzuspiegeln und Spuren des Widerstandes sichtbar zu machen. Generell gilt für das Jahr 1933, dass sich in Leipzig, einer einstigen Hochburg der SPD und der KPD, der Wandel zu einer braunen Stadt schneller als in anderen deutschen Großstädten vollzog. Davon berichten die nachstehend unkommentierten Tagesabläufe im Detail.

Am 4. Januar ziehen 18 Brauhemden in die erste Sitzung des neugewählten Leipziger Stadtrates ein. Die Straßendemonstration und die damit verbundenen Auseinandersetzungen nehmen rapide zu. Am 18. Januar kommt es in Stötteritz zu einem blutigen Zusammenstoß von Nazis und Sozialdemokraten. Am 22. Januar veranstaltet die SA mit 3000 ihrer Leute unter starkem Polizeischutz einen „Werbeumzug“ in der Westvorstadt. Am 1. Februar verkündet Hitler als nunmehriger Reichskanzler, dass Hindenburg der Neuwahl des Reichstages zugestimmt habe. Als Wahlparole der NSDAP verkündet er: „Angriff gegen den Marxismus“. Am 7. Februar werden die Räume der KPD Bezirksleitung Leipzig, Czermaks Garten 2/4, polizeilich durchsucht. Am 12. Februar nimmt Hitler an der Leipziger Richard-Wagner-Feier teil, derweil sich auf dem Messplatz mehr als 20 000 Männer und Frauen zu einer Kundgebung der „Eisernen Front“ versammeln. Auf ihr spricht der SPD-Reichstagsabgeordnete Künstler. Er meint, dass „die Ermüchterung auf den Rausch des Fackelzuges vor Hitler in Berlin nicht ausbleiben“ werde.

Am 23. Februar gibt es das erste politische Mordopfer nach dem 30. Januar 1933. Das Mitglied der SPD und des Reichsbanners Walter Heinze, wohnhaft in der Ziegelstraße 13, wird von SA Leuten niedergestochen. Einige Stunden später erliegt er seinen Verletzungen. Als am 27. Februar der Reichstag brennt und die Schuld sofort den Kommunisten gegeben wird, erfolgen bereits in der Nacht zahlreiche Verhaftungen. Hitler bezeichnet die Kommunisten als „Mörderpest, die mit eiserner Faust zu vernichten“ sei. Am 1. März wird der Leipziger Polizeipräsident Fleißner (SPD) mit sofortiger Wirkung beurlaubt, am Tag darauf die *LVZ* verboten. Am 3. März wird Ernst Thälmann verhaftet und in Leipzig eine Anzahl bekannter KPD-Funktionäre in „Schutzhaft“ genommen. Am folgenden Tag wird der gesamte Gebäudekomplex Czermaks Garten mit den Räumen der Bezirksleitung der KPD und deren Druckerei Neudrag polizeilich geschlossen.

Bei den Reichstagswahlen am 5. März gewinnt die NSDAP mit 17 280 000 Stim-

men 288 von 647 Mandaten. In Leipzig, wo die NSDAP zur Wahl am 6. November 1932 27,6 der Stimmen verbuchen konnte, sind es nunmehr 37,2 % der Stimmen. Wie allerorts im Lande, so nimmt auch in Leipzig die Verfolgung der KPD Mitglieder drastisch zu. Die 81 Reichstagsmandate der KPD werden von der Reichsregierung aufgehoben und das Karl-Liebnecht-Haus, Sitz der Führung der KPD, beschlagnahmt. Am 9. März werden in Leipzig das Volkshaus, die *LVZ*, die Arbeiterturn- und Sportschule sowie der Arbeiter-Sportpark „Vorwärts“ im Connewitzer Holz von SA und SS besetzt und durchsucht. Einen Tag später erklärt Hitler: „Mit dem heutigen Tag hat in ganz Deutschland die nationale Regierung die vollziehende Gewalt in den Händen.“ Als Parole der „nationalen Revolution 1933 gibt er aus: „Vernichtung des Marxismus“. Zeitgleich



Hessen im Wahlkampf 2008 – und was sich in Leipzig auch längst wieder tut, dafür gibt es auch in dieser Ausgabe, beginnend mit Seite 1, Belege noch und noch.

werden Konzentrationslager eingerichtet, so in Plauke bei Flöha das erste sächsische KZ. In den folgenden acht Wochen werden allein in Sachsen 17 weitere geschaffen. Mehr als zwei Drittel der Inhaftierten sind Kommunisten.

Am 31. März tritt das „Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ in Kraft. Aktionen zur „Abwehr der Versuche des internationalen Judentums, der Regierung der nationalen Revolution im Ausland Schwierigkeiten zu bereiten“, sind auch in Leipzig auf einen Boykott jüdischer Geschäfte und Kaufhäuser gerichtet. Julius Streicher droht eine „totale Vernichtung des Judentums“ an.

Am 8. und 9. April tagt in Leipzig der „Nationalsozialistische Lehrerbund“. Unter großem Jubel wird „die Einigung aller deutschen Lehrer und ihrer Organisationen“ verkündet. Eine deutsche Staatsschule sei das Ziel, jüdische Kinder werden die deutsche Schule nicht mehr besuchen.“

Am 11. April wird in Burghausen bei Leipzig Fritz Selbmann, Vorsitzender der sächsischen KPD, verhaftet. Ihn folgt am 21. April die Verhaftung der SPD-Landtagsabgeordneten Liebmann und Riehle, des Parteisekretärs der Leipziger SPD Schrörs und seiner Sekretärin Schumann. Am Geburtstag von Adolf Hitler finden in Leipziger Kirchen „Fest- und Dank-Gottesdienste“ statt. Die zweite Hälfte des Vor-

mittags ist dem Kirchengang der SA, SS, NSDAP-Amtswalterschaft und Hitler-Jugend gewidmet. Im Bericht über die Markuskirche heißt es, dass „die Standarte 106 mit wehenden Fahnen unter den Klängen des Horst-Wessel-Liedes in das Kirchengeschiff einzog. Während sich die Fahnenträger im Chorraum zu beiden Seiten des Altars aufstellten, nahm die SS in dem für sie reservierten Mittelschiff Platz.“ Pfarrer Dr. Markgraf stellte seine Predigt unter die Worte Lucas 10: „Die Regierung im Lande steht in Gottes Händen. Er gibt ihm zu Zeiten einen tüchtigen Regenten. Es steht in Gottes Händen, dass es einem Regenten gerate. Er gibt ihm einen löblichen Kanzler.“ Am 29. März wird die Weststraße in Hindenburgstraße und die Zeitzer- und Südstraße in Adolf-Hitler-Straße umbenannt. Einstimmig beschließt der Stadtrat die Verleihung der Ehrenbürger-

als schädigend zu erachten sind“.

Am 9. Juli marschiert der Leipziger Mittelstand zu einer Treuekundgebung zum Nationalsozialismus auf dem Augustusplatz auf. Am 16. Juli kommt Hitler nach Leipzig, wo der „Gauparteitag“ der sächsischen NSDAP stattfindet. Er wird frenetisch gefeiert.

Am 23. Juli werden „zur Bekämpfung des Marxismus“ über 300 Wohnungen und etwa 600 Gärten mit Unterstützung der SA und SS von der Revierpolizei durchsucht sowie annähernd 100 Personen festgenommen.

Am 13. August werden wiederum über 300 Wohnungen und zahlreiche Gartenanlagen durchsucht und Verhaftungen vorgenommen. Mitte September wird mitgeteilt, dass „sieben Kommunisten einer Zelle der illegalen Wehrrorganisation, die sich aus ehemaligen Mitgliedern des Rot-Front Kampfbundes zusammensetzte“, der Oberreichsanwaltschaft zugeführt wurden.

Am 3. Oktober spricht Hitler auf der in Leipzig stattfindenden Reichstagung der deutschen Richter. Wenige Tage danach, am 7. Oktober, wird die Entlassung einer großen Gruppe von Volksschullehrern auf Grund des Gesetzes zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ mitgeteilt. Auf der am 19. Oktober eröffneten Volksmissionswoche sagt Landesbischof Coch, Hitler habe schon „Ungeheures geschaffen“. Die Kirche habe die Zuversicht, dass dieser Mann „die europäische und die Politik der Welt meistern wird. Wir sind überzeugt, dass Gottes Segen auf ihm ruht.“ Ebenso betont er, „dass die Rassenfrage auch für die Kirche von ungeheurer Bedeutung“ sei. Und weiter: „Die Kirchen haben den Führergedanken übernommen und alles demokratisch-parlamentarisch Wesentliche übernommen. Das Kirchenvolk wird sich seinen Führern unterordnen, wie das ganze deutsche Volk seinem Führer Adolf Hitler.“

Am 11. November, dem Vortag der letzten Reichstagswahl, findet in Leipzig die Treuekundgebung der deutschen Wissenschaft zu Adolf Hitler statt. Als am 12. November die Wahllokale schließen, haben in der Stadt Leipzig 84,91 % für Hitler und die NSDAP gestimmt. Damit hatte die faschistische Bewegung in nicht einmal zehn Monaten die Leipziger Bürgerschaft für sich gewonnen.

Leipzig gehörte ohne Zweifel zu den deutschen Großstädten, denen die NSDAP für die Durchsetzung ihrer Diktatur im Lande besondere Aufmerksamkeit schenkte. Der in der Stadt zu verzeichnende Widerstand wurde vor allem durch Mitglieder der KPD geprägt. Die absolute Mehrheit der Leipziger Bürger erlag jedoch bereits in den ersten Monaten der faschistischen Ideologie und Politik. Riesige Aufmärsche, Großkundgebungen, Kongresse und frenetischer Hitlerkult einerseits und fortwährende Durchsuchungen, Inhaftierungen, Verbote und Boykotte andererseits kennzeichneten das Bild der Stadt. Davon zeugt, wenn auch lückenhaft, der vorstehende Text, der zum Nachdenken anregen sollte.

• KURT SCHNEIDER

Leipzig wird braun. Das Jahr 1933 in Zeitungsberichten und Fotografien. Herausgegeben von Mark Lehmann. Lehmann Verlag, Leipzig 2008. 287 Seiten, 98 Abb., 19,90 Euro

Dem Verein ehemaliger Heimkinder e.V. gelang es vor einem Jahr, am 11. Dezember 2006, dass neun seiner Mitglieder ihren Leidensweg vor dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages vortragen durften – eine bis heute folgenlos gebliebene Aktion um Anerkennung wenigstens von Rentenanspruchszeiten. Es sind dies Berichte der seinerzeit nicht nur gequälten, sondern auch hart arbeitenden Minderjährigen in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit des Wirtschaftswunders. Ihr ganzes Verbrechen bestand darin, arm geboren zu sein. Die Redezeit der Eingeladenen – Wolfgang Focke, Heidelore R., Eleonore Fleth, M. E., Wolfgang Bahr, Dietmar Krone, Wolfgang Rosenkötter, Renate Schmidt, Michael-Peter Schiltzky – war auf jeweils 10 bis 15 Minuten begrenzt.

LN wollte mit dem – aus Platzgründen gekürzten – Abdruck dieser Kinderlebensläufe in Nr. 3 beginnen. Roland Koch und seine Kinderknäste veranlassten uns, diesen Termin vorzuziehen. Wie viel Heuchelei im jetzigen Aufschrei ...

WOLFGANG FOCKE

Ich bin 1946 in Lage/Lippe Kreis Detmold geboren. Ich war ein sogenanntes ungeliebtes Besatzungskind vom Engländer. Mit ungefähr 9 Jahren bin ich mit meiner Mutter und einem gewissen Otto Böthel nach Hiddessen zum Schlepperhof mitten im Teutoburger Wald gekommen. Es gab nur einen einfachen Pferdefuhrweg, den der Bauer mit seinem Gespann benutzte. Sonst gab es da niemanden und da kam auch keiner hin. Es war also nur die Familie des Bauern da und wir. Ich konnte also niemandem etwas Böses tun oder unangenehm auffallen. Meine Spielgefährten waren eine alte Sandgrube oder Bäume im Teutoburger Wald. Otto Böthel hatte einen Paragraph 20 oder 21, also nicht ganz zu rechnungsfähig. Er bekam manchmal Tobsuchtsanfälle. Wenn ich alles aufschreiben würde, was mir auf dem Schlepperhof passiert ist, würde ich in 10 Jahren noch schreiben. Ich hatte einfach Angst vor diesem Mann. Mein Plus war, ich war schneller als er und meine Sicherheit war dabei der Teutoburger Wald, der nur 10 m von uns entfernt war.

Da das keine Zustände waren und meine Oma wiederholt das Jugendamt informiert hatte, griff es ein. Jetzt fing mein Elend erst richtig an. Meiner Mutter wurde die Vormundschaft aberkannt. Ich bekam einen Vormund: Christa Schröder. Beim Lesen meiner Akte, die ich mir besorgt habe, musste ich feststellen, ganz wichtig wurde immer wieder erwähnt: Mein Vormund sei Mitglied des Bundestages (MdB). Für mich kein Vorteil, ich ging ab ins Heim nach Loher-Nocken. Ich war 12 oder 13 Jahre. Das erste, was ich im Heim feststellen musste, du warst ein Zögling ohne irgendwelche Rechte. Es war ganz klar für die Schwestern und Brüder der Diakonie: Wer bei ihnen landete, war Schuld, der musste mit aller Härte erzogen werden. Zu dieser harten Methode gehörte z. B.: Wenn irgend etwas nicht nach dem Willen von Schwester Gertrud lief, gab es einen Lehrer mit Namen Wiesekopsieker, der hatte seine Wohnung gegenüber unserer Abteilung, der kam, man kriegte zwei bis drei Ohrfeigen und dann sagte er: „Damit ich nicht so schnell wiederkommen muss und du alles bedingungslos tust, was Schwester Gertrud will, machen wir wieder unsere bekannten



Überlebende Zwangsarbeiter: Bundesrepublik Deutschland, 1960er Jahre



Überlebende Zwangsarbeiter in einer weiteren zu Berlin gehörenden Anstalt: Eckeritzheim.

Fotos: Ehemalige Heimkinder, e. V.

„Ehemalige Heimkinder e. V.“, d. h. bundesdeutsche Kindersklaven aus der Zeit des Wirtschaftswunders verlangen Entschädigung und Wiedergutmachung

Nie wieder Kinderknast!

Übungen!“ Das hieß, er packte mein Ohr, drehte es, ein höllischer Schmerz durchfuhr einen und er zog uns vom Stuhl hoch und drückte uns nieder, das Ohr blutete, dann hörte er auf, aber nicht, ohne uns vorher noch eine Ohrfeige zu versetzen. Er kam sehr oft wieder.

Dann kam der sexuelle Missbrauch von älteren Zöglingen, man konnte sich nicht wehren, denn es galt das Gesetz des Stärkeren. Erinnern kann ich mich noch gut dran, dass der damalige Heimleiter zur Bestrafung immer gern am Duschtag kam, wenn wir nackt waren ... Und das alles im Namen der Kirche und der Nächstenliebe, wenn das nicht pervers war, weiß ich es nicht.

Später wurde ich nach Dorlach verlegt, da wurde ich aus der Schule entlassen, konnte weder Schreiben noch Lesen, so gut haben mich die Pädagogen aus dem Heim unterrichtet. Ich wurde verlegt auf einen Bauernhof, der zu dem Heim gehörte. Musste jeden Tag zehn Stunden hart arbeiten, war einem super Gutsverwalter unterstellt, der vor dem Sprechen das Schlagen gesetzt hat. Er scheute auch nicht mit dem Forkenstiel nach mir zu schlagen. Ein Anlass war z.B., wenn ich auf eine entfernte Wiese guckte, wo die anderen etwas jüngeren Zöglinge spielten. Nach seiner Ansicht sollte ich arbeiten und nicht gucken.

Dann wurde ich verlegt, den Grund teilte man uns sowieso nicht mit, weil wir waren ja Freiwild. Ich kam zum Buchenhof im Kreis Herford, aber was sollte es, es war wieder ein christlich geführtes Heim (Diakonie), also konnte es nicht schlechter werden, wie vorher auch. Denn Verständnis und Nächstenliebe hatten die Schwestern und Brüder nur in der Bibel gelesen.

Auch in diesem Heim musste ich erfahren, das man nur ausgenutzt und ausgebeutet wurde. Zum Anfang arbeitete ich in der Nähstube, das war Gott sei Dank keine so schwere Arbeit. Ich musste unter anderem einmal in der Woche mit einer Wäschekarre zum Eickhof, wo die Mädchen waren und da war logischer Weise auch die Waschküche. An einem Tag, wie ich wieder mit der Karre drüben war, nahm ein Mädchen meine Wäschekarre und lief damit weg, ich hinterher. Ich wollte nur meine Karre wieder haben, doch an der Werre, die in der Nähe des Heimes vorbeifloss, angekommen, fragte mich das Mädchen, sie hieß Bärbel, „Willst du mit mir abhauen?“ Und wie ich wollte.

Man muss sich vorstellen, wir wurden immer von den Mädchen fern gehalten und jetzt konnte ich mit einem Mädchen zusammensein, solange ich wollte! Was für

ein Glück. Und außerdem hatten wir beide von dem Heimleben die Schnauze so voll. Noch am selben Tag der Flucht, wie wir so 20 km vom Heim weg waren, sagte Bärbel zu mir: „Setz dich mal hierhin und warte bis ich wieder da bin.“ Es dauerte Stunden, ich hatte schon Angst, sie hat mich sitzen lassen. Da kam sie und hatte 30 DM. Damit haben wir unsere Flucht finanziert, das wiederholte sich immer so, wenn das Geld alle war. Als ich sie danach fragte, wo sie das Geld her hat, sagte sie: „Was bist du blöde, ich schlafe natürlich mit Männern!“ Anschließend möchte ich dazu sagen, wie schön, was man in diesem Heim alles gelernt hat. Natürlich hatte man uns, Bärbel und mich, nach kurzer Zeit wieder gefasst und zurück gebracht, mich zum

Diakonie Freistatt: 1.3.1960 – das Landesjugendamt Hannover beanstandet die Verwendung anderer Züchtigungsmittel außer dem Rohrstock (Forkenstiel, Gabelstiel, Torflatte, Pantoffel, Besenstiel).

Buchenhof, Bärbel zum Eickhof. Damit begannen für mich noch härtere Zeiten auf dem Buchenhof. Erst Schläge, dann Besinnungszelle. Und dann sagte man mir ganz klar: „Deine Abhauerei werden wir dir schon austreiben, du wirst so hart arbeiten, bis du auf dem Zahnfleisch kriechst und keine Kraft zum Abhauen hast. „Ich habe dann in einer Kolonne von acht Jungens in der Wurst- und Fleischfabrik Niebel gearbeitet, angeschlossen war auch noch das Schlachthaus. Unser Arbeitstag war 8 Stunden, jeden Tag die einzige schöne Erinnerung daran war, dass wir endlich mal was vernünftiges zu essen bekamen, denn in dieser Firma gab es auch eine Küche, in der Gulasch, Rouladen – was man so in Dosen macht – gekocht hat. Aber dafür war es auch sehr harte Arbeit. Wir mussten die gekochten Dosen auf stapeln, anschließend polieren, dann in Kartons verpacken und auf Paletten stapeln. Und niemand soll von dem Heim sagen, das wären nur geringe Hilfstätigkeiten gewesen, nein, es war richtige Arbeit. Die von der Firma angestellten Arbeiter machten das gleiche und wurden dafür richtig bezahlt. Und die Heimleitung kann mir nicht erzählen, sie hätten uns nur aus Erziehungsgründen hingebracht, ansonsten wären sie der Firma gegenüber sozial eingestellt und hätten nichts dafür genommen. Die dreckigste und ekligste Arbeit war in der Tötungsbucht. Nach dem die Schlachter ihre Arbeit – das Töten der Tiere – been-

det hatten, mussten wir das Blut, das an die Wände gespritzt war und Zentimeter dick auf dem Boden lag, entfernen. Das war so ekelig, das man bald das Kotzen kriegte, es stank überall nach Tod.

Wir mussten Bäume fällen, entästen, schälen und auf stapeln. Aber das war alles nix gegen das, was nachts passierte. Das sogenannte Autobahnkommando, zu dem auch ich gehörte. Wir mussten bei verunglückten LKW die heile Ware aussortieren und auf Ersatz-Fahrzeuge umladen. Da es besonders nachts auf der Autobahn gefährlich war, war sehr viel Polizei da. Aber niemand von den Beamten wäre auf die Idee gekommen zu sagen: „Das ist eigentlich gar nicht statthaft, dass Jugendliche zu dieser Nachtzeit hier arbeiten!“ Aber im Sinne der Erziehung war wohl alles erlaubt. Ich bin davon überzeugt, dass das Heim sehr viel Überschuss mit uns erwirtschaftet hat.

Auch in diesem Heim bin ich von älteren Zöglingen gezwungen worden, sexuelle Handlungen an mir vollziehen zu lassen und an ihnen zu vollziehen. Bei der nächsten Gelegenheit haute ich natürlich ab, um irgend jemanden zu zeigen, wie man mich misshandelt hatte und in der Hoffnung, nicht wieder in die Hölle zurück zu müssen. Nach Hause, was ein Irrglaube von mir, ich hatte ja gar kein Zuhause. Aber ich hatte damals einen Vormund, wie schon einmal erwähnt, war sie Mitglied des Bundestages. Meine Mutter hat die angerufen, oh, was für ein Wunder, sie kam, beguckte mich und sagte: „Das kann ja wohl nicht wahr sein, dass man dich so im Heim zuge richtet hat, egal aus welchem Grund. „Ich musste zurück ins Heim, aber sie sagte, sie kümmere sich darum. Im Heim angekommen, ab in die Besinnungszelle, alles wie gehabt. Nur diesmal gab es keine Prügel. Nachdem ich ungefähr eine Woche drin war, änderte sich alles schlagartig. Ich bekam das normale Heim-Essen, was es sonst in der Besinnungszelle nicht gab, sonst kriegten wir während der Einsparphase nur Brot und Muckefuck. Ich erhielt sogar Micky-Maus-Hefte. Ich konnte die Welt nicht mehr verstehen. Einen Tag später habe ich es verstanden. Es war ein Brief eingegangen mit dem Pleitegeier drauf. Christa Schröder hatte ihr Kommen angesagt. Da habe ich das erstmal gemerkt, was für Macht Politiker haben. Am Tag ihres Erscheinens war meine Einsperrzeit vorbei. Ich würde sagen, ich hatte ein paar Wochen ein etwas leichteres Leben auf dem Buchenhof, aber dann verlief alles wieder im Sand und die Brüder hatten mich wieder fest in ihrer Hand. Dazu

gehörte z.B. ohne mich zu fragen ein neue Verlegung. Diesmal ging's nach Eben-Ezer in Lemgo. Eben-Ezer war eine Einrichtung für Geisteskranke, Körperbehinderte aber zu der Zeit mehr mit Schwachsinn befalene. Man nannte uns auch Schwachsinnige oder Pflöglinge. Die Brüder, die mich dahin gefahren hatten, die Behinderten rückten ein von der Arbeit, es war Mittagpause und sie sagten zu mir: „Mein Gott, wo haben die dich bloß hingebracht?“

Aber auch hier musste ich jeden Tag, den der Herrgott geschaffen hatte, acht Stunden lang arbeiten. Denn die Diakonie Eben-Ezer war ja im Aufbau, dazu gehörte der Meierhof. Wenn wir in der Kolonne in den Meierhof einmarschierten, um zu arbeiten, fehlte nur noch eine Überschrift wie bei Adolf Hitler: „Arbeit macht frei!“ Die Erziehungsmethoden standen den von Adolf Hitler in nichts nach. „Was uns nicht weich macht, macht uns hart!“ Der einzige Unterschied war hier, es geschah alles im Namen Gottes, der Nächstenliebe und der Diakonie. Um noch einmal kurz den Ablauf der Arbeit zu schildern. Im Sommer 8 Stunden Landwirtschaft auf dem Meierhof. Im Herbst im Steinbruch mit primitiven Mitteln, 10 kg Hammer von Hand betrieben, Brechstange, Eisenkeile. Wir mussten große Felsbrocken aus der Wand brechen, andere mussten sie mit Schotter verarbeiten, sie wurden dann mit dem Trecker vom Meierhof abgeholt. Ich vermutete einmal, es waren die Straßunterlagen für die Straßen zwischen Neu-Eben-Ezer, Meierhof und Lurheide. Im Winter wurden acht Stunden lang Pferdeleinen gedreht.

Auch hier bin ich öfters entwichen, weil ich mich gefragt habe, was hast du bloß gemacht, dass du auch in dieser Klapsmühle gelandet bist. Der damalige Direktor merkte natürlich ganz schnell, dass ich nicht in dieses System passte und versuchte, mich unbedingt wieder los zu werden. Das war nicht so einfach, denn damals waren die Einrichtungen alle voll, denn mit uns konnte man ja gutes Geld machen. Er wurde vom Landesjugendamt in Münster immer wieder vertröstet und man sagte ihm, er solle zusehen, wie er mit mir klar käme. Er sagte immer wieder, ich müsste für meine „eigene Sicherheit“ in eine geschlossene Einrichtung. Woher hatte der Mann bloß diese Erkenntnis? Ich würde, wenn ich entweiche, immer andere Leute mitnehmen. Ich frage mich, wen denn, die Kranken? Nein, ich bin immer alleine abgehauen. In meiner Akte konnte ich lesen, es gab immer ein hin und her mit dem Jugendamt. Ich sollte nach Niedermarsberg oder zum Wittekindshof oder ins Landerziehungsheim Benninghausen – aber kein Platz war frei. Also hieß es, etwas anderes machen, auf jeden Fall musste ich nach Ansicht des Direktors aus seiner Klapsmühle raus. Er schickte mich in die sogenannte Familienpflege. Auf gut Deutsch hieß es, beim Bauern für billiges Geld zu ackern. Mein Arbeitstag war morgens 5,30 Uhr im Kuhstall zu melken, dann ging es weiter Tiere füttern und pflegen und alles, was anfing. Mein 4-Sternezimmer war über dem Kuhstall. In der Steckrübenpflanzzeit ging die Arbeitszeit erst abends los, nach der anderen getanen Arbeit, denn die Steckrübenpflanzen durften erst gesetzt werden, wenn die Sonne weg war. Feierabend war gnädigerweise ca. 22 Uhr, wenn auch der Bauer kaputt war. Diese Pflanztag hatten für mich eine Arbeitszeit von 14 Stunden.

Der Landwirt Bunte unterschrieb eine Erklärung, dass die Richtlinien für einen Familien-Pflegling von Eben-Ezer ihm bekannt sind und eingehalten werden. Da-

mit verpflichtete er sich dafür zu sorgen, dass ich alle 14 Tage einmal gründlich Baden konnte. Ich kann mich nicht daran erinnern, in welchem Tümpel ich gebadet habe. Und dann das Wichtigste, die kirchlich diakonische Einrichtung Eben-Ezer forderte von dem Bauern, mich alle 14 Tage anzuhalten, in die Kirche zu gehen. Wozu? Meinen Glauben an die Kirche und ihre Einrichtungen hatte ich sowieso schon verloren. Des weiteren sollte ich 70 DM bekommen, davon 20 DM für mich und 50

Westdeutschland hat durch seine aktive Unterstützung des Einsatzes und der Ausbeutung von unentlohnten Zwangsarbeitern in seinen Kinder- und Jugendwohlfahrtseinrichtungen gegen das Grundgesetz, gegen das Abkommen über die Europäische Union (25. März 1957), und gegen das „Übereinkommen C029 über Zwangs- oder Pflichtarbeit“ (13. Juni 1957) verstoßen.

DM an die Anstalt zu entrichten. Wenn ich die 20 DM jemals bekommen habe. Es ist schlecht zu rechnen, aber nach meiner Rechnung 5 DM in der Woche. Von den 50 DM, die nach Eben-Ezer gingen, habe ich sowieso nie etwas gesehen. Aber in dieser Erklärung hieß es weiter: Schriftverkehr, auch wenn es privat für den Pflegling war, ging weiter über Eben-Ezer, und gemeldet wurde ich auch in der Anstalt. Also weiterhin Eigentum der Klapsmühle. Unter Nr. 7 in der Erklärung heißt es: Als Glied eines landwirtschaftlichen Betriebes ist der Pflegling in die Unfallversicherung der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft einzureihen. Unter der Nr. 8 der Erklärung, wo es um meine Zukunft ging, steht Kranken- und Invalidenversicherung kommt nicht in Betracht, das *nicht* war



sogar noch unterstrichen. Der Landwirt Bunte schrieb damals an Eben-Ezer, ich wäre ein fleißiger Arbeiter mit stolzen 16 Jahren, aber ich wäre unbotstam, frech, es wollte bald niemand mehr mit mir arbeiten. Ich sage dazu: Kein Wunder bei den Arbeitsbedingungen. Es kam, wie es kommen musste. Nach drei Monaten hatte ich die Faxen dicke, ich haute ab. Was ein Problem für den Direktor der Anstalt war. Wohin mit mir, kein Heimplatz frei. Da kam dem Direktor die rettende Idee. Ich hatte doch eine Schwester und einen Schwager in Jöllenbeck. Also nahm die Anstalt mit den beiden Kontakt auf. Was für ein Glück für den Direktor, meine beiden Verwandten wollten mich und ich dachte auch, Glück für mich. Welch ein Trugschluss. Ich kürzte die ganze Sache ab, auch die beiden benutzten mich nur und nahmen mich aus. Ich hatte Arbeit in einer Spedition gefun-

den. Das Geld für die Arbeit bei der Firma musste ich abliefern. Ich selber vermutete, dass mein Schwager am 6. 11. 1964 in Eben-Ezer war, denn an dem Tag ging mein letztes Guthaben von fast 4 Jahren Arbeit weg. 256,40 DM in bar ausgezahlt, aber nicht an mich, wahrscheinlich an meinen Schwager, denn er hatte ja Verantwortung für mich übernommen. Die Kassenanweisung besagt, Betrag dankend erhalten. Ich habe ihn nicht unterschrieben.

In Benninghausen angekommen, was das erst einmal ein Schock für mich, nie mehr im Leben habe ich so dicke Gitter vorm Fenster gesehen wie da, selbst auch nicht später im Knast. Dafür war der Tagesablauf der gleiche. Acht Stunden am Fließband für die Firma Hella-Werke in Lippstadt arbeiten. Wir montierten Rücklichter für den VW-Käfer. Auch hier ist es nötig zu erwähnen, dass wir vollwertige Arbeit gemacht haben, die schon damals in der freien Wirtschaft sozialversicherungspflichtig gewesen ist. Da arbeiten Leute für die gleiche Firma, die einen werden mit Geld bezahlt, die anderen mit Prügel. Wenn ich daran denke, was für Essen wir für die Arbeit bekommen haben. Vom Frühstück und Abendbrot wollen wir erst gar nicht reden, das war so gering, dass man abends immer mit Hunger ins Bett ging. Das Mittagessen war so eine Katastrophe, immer nur Suppe, Suppe, Suppe. Meine schlimmste persönliche Erfahrung war auch hier wieder der sexuelle Missbrauch. Während dieser Vergewaltigung ging die Tür auf, der Erzieher guckte rein, der Kommentar: „Ihr perversen Drecksäue, ihr Schweine, ihr abartigen...“ Die Tür flog zu, nach fünf Minuten ging sie wieder auf. Der Erzieher schlug mit dem Knüttel in der Hand wahllos auf uns ein. Da lag ich nun, ich arme Sau, vor 10 Minuten sexuell missbraucht jetzt für eine Sache, die ich garantiert nicht wollte und dort über mich ergehen lassen musste, kriege ich von dem Erzieher, von dem ich mir eigentlich Hilfe erwartet hätte,

noch Schläge obendrein.

Um noch einmal zu erwähnen, dass die irgendwie alle pervers waren, denn Mädchen gab es ja nicht, aber dafür erfolgte an jedem Abend, bevor wir in die Schlafsäle gingen, Antreten im Nachthemd auf dem Flur. Aus Sicherheitsgründen waren unsere anderen Sachen weggeschlossen.

Jeder einzelne von uns musste in einer Kachel stehen. In der Ecke steckte ein Wimpel. Der Leiter Herr Scholz schritt vor uns auf und ab und dann ertönte das Kommando: „Singen!“ Ich kann nur noch etwas von diesem Lied. „Warum scheint heut der Mond so auf dieser Welt, zu meinem Mädlein bin ich heut bestellt, zu meinem Mädlein. Junge, Junge muss ich gehen, vor ihrem Fensterlein, da bleib ich stehn ...“

Jeden Abend dasselbe Lied und andersrum eine Todstunde für uns, nur an Mädchen zu denken. Wenn das nicht pervers war. Obwohl Benninghausen eine geschlossene Einrichtung war und auf uns aufgepasst wurde als wären wir in Fort Knox, gelang es mir trotzdem abzuhauen. Weil mein vermeintliches Zuhause immer weiter entfernt war, habe ich ein Fahrrad und ein Moped geklaut. Kaum zu Hause angekommen hatte meine sogenannte Mutter nichts

anderes zu tun, als im Heim anzurufen. Die haben mich wieder abgeholt. Das alte Spiel begann wieder – Prügel und Zelle.

Eines Tages bekam die Anstalt einen Brief zwecks Vernehmung meiner Straftat nach Detmold zum Richter. Die mich begleitenden Erzieher sagten zu mir: „Mach die keine Sorgen, da du nicht vorbestraft bist, gibt es nur einmal Wochenendarrest!“ Dieses Glück hatte ich nicht. Ich ging ab in die U-Haft, da ich soviel abgehauen sei. Verurteilt wurde ich später zu 2 Jahre 9 Monate ohne Bewährung und ich höre den Staatsanwalt noch heute. „Trotz seines langen Heimaufenthaltes hat er es sich nicht zur Warnung dienen lassen, er muss die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen.“

Was dieser Staatsanwalt nicht wusste oder wissen wollte, mein ganzes vorheriges Heimleben war die volle Härte. Nach 2 Jahren 6 Monaten wurde ich mit drei Monaten Bewährung entlassen. Die Bewährungshelferin schickte mich wieder in die Landwirtschaft, wo ich jahrelang vom Heim aus war und ausgebeutet wurde. Ich gab auf und ging. Wieder auf der Flucht. Was macht man? Nirgendwo kann man sich offiziell sehen lassen oder arbeiten. Man erinnert sich, was man im Heim gelernt hat. Man betrügt, man stiehlt. Um es abzukürzen, ich war nachher vorbestraft: Kuppelei, Zuhälterei, Heiratsschwindler, Verstoß gegen Paragraph 175, Nötigung, Verführung Jugendlicher. Und wieder wurde ich verurteilt und immer wurde es mehr, es ging hier gar nicht mehr um die eigentliche Straftat, sondern um mein Erscheinen vor Gericht. Für jedes Erscheinen gab es vorweg schon einmal 1 Jahr. Man nannte es damals Rückfall, strafverschärften Rückfall, Atom-Rückfall. So habe ich im Ganzen viele Jahre unter Staatsaufsicht verbracht. Diesmal nannte sich die Einrichtung nicht mehr Heim, sondern Knast.

Eines Tages sagte es: „Klick“. Ganz besonders trau dazu ein höherer Zustizbeamter, der in mir nicht nur den Zögling oder Knacki, sondern den Menschen Wolfgang Focke gesehen hat. Er sagte mir: „Sie sind ein außergewöhnlicher Knacki und doch kein Knacki, ich werde jetzt ihre vorzeitige Entlassung beantragen und durchsetzen. Wenn Sie aber nur noch ein einziges Mal hier erscheinen, dann wünschen sie sich, nie da gewesen zu sein!“ Ich antwortete: „Ich gehe jetzt in Rente und zwar nur von meinem Zögling- und Knacki-Dasein!“ Das habe ich vor 19 Jahren gesagt und seitdem habe ich meinen Teil der Schuld gefunden und ihn abgebaut. Heute kämpfe ich nur noch dafür, den Staat dazu zu bewegen, dass er seinen Teil der Schuld einlöst, indem man mir für das an mir vollzogene Unrecht eine Wiedergutmachung in Form von Geld für die geleistete Arbeit in den Heimen gibt, in die der Staat mich rein gesteckt hat und keine Sozialleistungen bezahlt hat und dadurch den kirchlichen Einrichtungen die Möglichkeit gegeben hat, so mit mir aber auch an den anderen Leidensgenossen zu verfahren.

*

Wenn ich das Geschriebene noch einmal lese, fallen mir noch so viele Sachen ein, die man eigentlich noch erwähnen müsste. Aber ich lass es sein, denn ich bin davon überzeugt, dass die meisten sagen, der will sich nur von seiner Schuld frei reden. Und deswegen erwähne ich hier noch einmal: mit drei Jahren in die kirchliche Obhut, in dem Alter kennt man noch keine Sünde. Und was ich zu der Zeit noch nicht gelernt hat, lernte ich eben später im Heim. Arbeitsmäßig ausgenommen, seelisch und moralisch kaputt gemacht.

Beeindruckend und vielversprechend ... Eine musikalische Wochenreise durch Leipzig

Rundfunk-Sinfoniekonzerte bestimmten das Leipziger Musikleben. Dabei wurden von den Musikfreunden die beiden Sonntagskonzerte bevorzugt, obwohl sie weniger Bekanntheit boten als das nicht gut besuchte Dienstagskonzert mit „Tod und Verklärung“ von Richard Strauss und dem „Lied von der Erde“ von Gustav Mahler. Was wird wohl noch geschehen müssen, um die in den 1990er Jahren unter Daniel Nazareth verlorenen Anrechtssinhaber zurückzugewinnen? Wer die im musikalischen Ausdruck und in der Klangkultur unter Leitung Jun Märkls stark bewegenden Aufführungen der Werke von Strauss und Mahler versäumte, ließ sich jedenfalls ein nachrückliches Erlebnis entgehen. Für das 5. Matineekonzert hatte Jun Märkl zu Kompositionen von Claude Debussy und Maurice Ravel die ihrer Klangwelt erstaunlich nahekommenen Ariosi nach Texten von Michelangelo für Sopran und Bassett-Klarinette des 1949 geborenen Manfred Trojahn ausgewählt. Da wirkte als Anziehungskraft offensichtlich die einzigartige Klarinetistin Sabine Meyer, die auch noch Debussys Rhapsodie für Klarinette spielte. Mit den Rompreis-Kantaten von Debussy und Ravel und Ravels zweiter Suite aus dem Ballett „Daphnis und Cloé“ entführten Jun Märkl und seine Rundfunk-Sinfoniker in eine Welt unendlichen Klangzaubers. Im 3. Konzert „Zau-

ber der Musik“ zog Michael Sanderling als Dirigent die Zuhörer mit Peter Tschaikowskis Phantasie-Ouvertüre „Hamlet“ und erster Sinfonie „Winterträume“ wie des Saxophonkonzerts von Alexander Glasunow (Solist Koryun Asatryan) in den Bann russischer Musik.

Im Alten Rathaus feierte Friedrich Schenker mit seinen Leipziger Freunden und Anhängern noch nachträglich den 65. Geburtstag. Er ist sich auch unter den heutigen Verhältnissen treu geblieben, wie sein frühes Oboenkonzert in der Fassung mit Klavier mit Burkhard Glatzner als Solisten und Werke aus den letzten fünf Jahren dokumentierten. Er fordert seine Zuhörer heraus, überrascht und schockiert sie, bietet grimmigen und auch ganz unbefangenen Humor, beeindruckt aber nicht zuletzt mit zärtlichen, innigen Klängen, die von seinem tiefen Empfinden zeugen. Ein anderes ungewöhnliches Erlebnis bot das Akademische Orchester der Universität Halle-Wittenberg im Gewandhaus. Zwischen Antonín Dvoráks Sinfonie „Aus der neuen Welt“, und Michail Glinkas Ouvertüre zu „Ruslan und Ludmilla“ erklangen neue Werke des inzwischen 75-jährigen Hans-Christian Bartel. Die Momente für Orchester „Der sensible Tiger“ und die skurrilen Lieder nach Chri-

stian Morgenstern erweisen sich im Grunde als ebenso nachdenklich und bewegend wie die drei ernsten Lieder nach Worten Friedrich Nietzsches, des 131. Psalms und Heinrich Heines. Tomas Mówes, vor Henri Maier zu den herausragenden Kräften der Leipziger Oper gehörend und hoffentlich dort bald wieder zu erleben, war der feinsinnige Interpret. Das andere Ereignis dieses Konzertes schaffte der erst 21-jährige, im zweiten Studienjahr befindliche Dirigent Felix Bender. Er leitete das Konzert mit einer außergewöhnlichen Ausstrahlungskraft und Sicherheit, die viel versprechen lässt.

Zu diesen Aufführungen mit nicht alltäglichen Programmen kam noch ein Gewandhauskonzert, das nach der Erkrankung des Chefs durch die kurzfristige Übernahme Axel Kobers besonderes Interesse weckte. Das geänderte Programm mit Richard Wagners „Meistersinger“-Vorspiel, dem Violinkonzert von Johannes Brahms mit Benjamin Schmid als stark beeindruckenden Solisten und Antonín Dvoráks achter Sinfonie forderte Vergleiche geradezu heraus. Axel Kober, Musikdirektor der Oper, erwies sich dabei als überlegt und überlegen führender Dirigent, auf den auch das Gewandhaus zählen kann.

• WERNER WOLF

Für Uwe Scholz...

Die Originalität und Kraft der drei Rachmaninow-Ballette von Scholz blieb über die zwei Jahrzehnte seit der Züricher Uraufführung ungebrochen. So konnte die Neueinstudierung 2008 unter Leitung des Ballettdirektors Paul Chalmer von Bewährtem ausgehen, das Uwe Scholz für seine Leipziger Umsetzung schon 1997 modifizierte.

Die verhältnismäßig kurze Suite für zwei Klaviere, deren Instrumentalpart Wolfgang Manz und Julia Goldstein-Manz souverän gestalten, bevorzugt Tänze mehrerer Dreiergruppen, die in immer neuen Kombinationen faszinieren. Im zweiten Satz, einem schnellen Walzer, warten Martin Chaix und Lei He als Männerduo mit allerlei Kapriolen auf. Tatjana Paunovic und Giovanni Di Palma bezaubern im Andante der Sonate für Violoncello und Klavier (von Veronika Wilhelm und Wolfgang Manz überlegen gespielt) mit einem großartigen Pas de deux. Den Höhepunkt des kurzweiligen Abends bildet die Choreographie des dritten Klavierkonzertes von Sergej Rachmaninow. Giovanni Di Palma, weitere Solisten und das gesamte Leipziger Ballett verwandeln diese Musik so großartig und ideenreich in tänzerische Bewegung, als habe das Uwe Scholz selbst noch einstudiert.

• W. W.

Armutballade

Eine Glühlampe an der Decke – grell und kalt. So ist auch das Leben von Mutter Helen und Tochter Jo. Sie reden sich mit Vornamen an, sie hassen und lieben sich. Jo ist das Resultat eines Seitensprunges und der Grund für Helens Scheidung. Seitdem beherrschen wechselnde Männerbekanntschaften Helens Liebesleben, ihre Tochter, mittlerweile 18 Jahre alt, läuft nebenher. Helen arbeitet in

reicht. Soziale Benachteiligung wird somit in die nächste Generation vererbt. Jo liebt Tulpen und hat Zeichentalent. Jo hat keine Chance, sie wird von der Schule abgehen. Die Kälte der Familie, der Gesellschaft, übertüncht sie mit einer kurzen Liebesromanze zu einem Matrosen. Schwanger wird sie zurückgelassen. Vom Matrosen, von der Mutter, die einem Liebhaber hinterherhinkt. Erst als ein homosexueller Kunststudent auftaucht, der sich liebevoll um die werdende Mutter kümmert, lernt sie Zuwendung und Aufmerksamkeit kennen. Regisseur Tilman Gersch spürt der Ballade der Armut nach, in einem Mikrokosmos, wo nie ein reitender, rettender Bote des Königs auftauchen wird. Gleichwohl betont er den bereits im Stück angelegten Ausweg: Mitmenschlichkeit, Zuneigung. Man darf es auch als Solidarität bezeichnen. Es ist der Abend von Silvia Weiskopf. Überzeugend und mitreißend, überraschend und lebensgerig spielt sie die Tochter. Tief verletzt trotz sie dem Leben



Seltene Momente des Familienglücks für Mutter (Heidi Ecks) und Tochter (Silvia Weiskopf).

Fotos: Rolf Arnold / Schauspiel Leipzig

Bars. Das wenige Geld reicht gerade für eine Absteige.

Shelagh Delany, 1939 in Salford geboren, Tochter eines Transportarbeiters, arbeitete als Verkäuferin, Platzanweiserin und Buschaffnerin bevor sie als Neunzehnjährige mit „Bitterer Honig“ ein sensibles Sozialdrama schuf, das durch die (auch in der DDR gezeigte) Verfilmung in den frühen 60er Jahren zum Welterfolg wurde.

Regisseur Tilman Gersch zeigt seine Interpretation in der Leipziger Neuen Szene. Die Erosion der Keimzelle der Gesellschaft findet ohne Knall statt. Armut und Krankheit der Mutter werden zur Tochter durchge-

Würde ab. Ein Vulkan, liebenswert und süffisant, verbittert und voller Hoffnung. Sie kann zerbrechliche Momente auskosten, mal rührend-skurril, mal zynisch-entgleisend, oft verzweifelt-ironisch.

Heidi Ecks trimmt die Mutter auf ewiges Mädchen, verantwortungslos und gefühllos. Ab und zu blitzen Muttergefühle auf, bisweilen Scham. Torben Kessler als ewiger Kunststudent mit Dürer-Hasen aus Plüsch: vernarrt und aufopfernd, Normalität suchend.

• D. M.

Nächste Aufführung: 30. Januar 2008, 20 Uhr in der Neuen Szene.

Weißer Westen

Oscar Wilde, der große irische Erzähler und Dramatiker, führt mit seinem bekanntesten Salonstück „Ein idealer Gatte“ die Oberschicht vor. Verlogenheit und Bestechlichkeit sind Voraussetzungen für politischen und finanziellen Erfolg. Viel scheint sich seit der Uraufführung 1895 nicht geändert zu

haben, so mancher Sumpf muss noch trockengelegt werden. Gleichwohl ist Markus Dietz, der mit einer vielschichtigen „Hedda Gabler“ schon am Leipziger Schauspielhaus für Furore sorgte, nicht der Versuchung erlegen, ein tagespolitisches Klischee einzubauen. Stattdessen wieder großartige Bilder: Weiße Showtreppe, weiße Garderobe, weiße Westen in leutseliger Champagner-Welt, die von einer geheimnisvollen Frau erschüttert wird. Mrs. Cheveley, diese Botschafterin der Vergangenheit, unterliegt der ewigen Versuchung des „Evangeliums des Goldes“ genauso wie der ideale Gatte, der mit dem Verrat von Regierungsgeheimnissen seinen Wohlstand erschuf. Der Regisseur kann für die Hauptrollen auf ein mit ihm eingespieltes, erfolgreiches Ensemble zurückgreifen: Stephanie Schönfeld, Andreas



Mrs. Cheveley (Stephanie Schönfeld) setzt nicht nur ihre Reize ein, um das Idealbild von Sir Chiltern (Andreas Keller) unter Druck zu setzen....

von alten Flecken in der Karriere- und zu profitieren. Gestern noch aufgedrehte Hedda, jetzt berechnend, in sich ruhend, lotet sie die rebellischen Frauenrollen aus. Ein lebenskluger Nichtsnutz, dieser Lord Goring und doch gibt ihm Thomas Huber soviel Herzenswärme und Sensibilität, dass ihm viel Sympathie entgegen strömt.

• D. M.

Oskar Lafontaine vermerkt in seinem Vorwort, dass bereits vor ihm Gerhard Schröder, Klaus von Dohnanyi, Björn Engholm, Egon Bahr, Hans-Jochen Vogel, Richard von Weizsäcker und andere mit Hans Modrow in Dresden gesprochen hatten. Ihm galt ihr Interesse, weil er sich von gängigen SED-Spitzenfunktionären durch seine Weltsicht unterschieden habe und in ihm ein wichtiger Mann nach Honnecker gesehen wurde.

Wenn Modrow, jetzt 80-jährig, auf seine Zeit zurückblickt, so kann er mit Fug und Recht von sich sagen, dass er daran mitgewirkt hat, „dass sich die Völker näher kamen, dass Handel und Wandel sich entwickelten und somit Friede blieb“. Welchen Bedrohungen der Friede in der Hochzeit des Kalten Krieges ausgesetzt war, verdeutlicht Modrow am Krieg zwischen Süd- und Nordkorea, an dem Soldaten und Mittäter aus 25 Nationen beteiligt waren und der mindestens zwei Millionen Menschen das Leben kostete. „Ein solcher Krieg, wie er zwischen Süd- und Nordkorea drei Jahre lang tobte“, schreibt Modrow, „hätte seinerzeit auch zwischen West- und Ostdeutschland entstehen können. Die Umstände und die Konstellationen sind sich sehr ähnlich.“ Für ihn ist es unerheblich, welcher Seite das entscheidende Verdienst zukommt, dass in Zeiten schärfster Auseinandersetzungen die Schwelle zur militärischen Konfrontation nicht überschritten wurde. Er selbst betrachtete es als seine Mission, Brücken zwischen den Völkern und den Menschen zu bauen.

Die insgesamt 17 Kapitel, die vor allem Einblick in das Agieren von Modrow auf internationaler Ebene geben und auf die wegen ihrer Reichhaltigkeit nicht einzeln eingegangen werden kann, sind eine höchst kurzweilige Lektüre. Und wie von Modrow gewohnt, sind sie nicht nur für den Historiker und dem Politikwissenschaftler ein Gewinn, sondern auch für jeden anderen am historischen und politischen Geschehen interessierten Leser.

Modrow sagt von sich, dass er das Glück hatte, viel von der

Erinnerungen eines sozialistischen Staatsmannes



Hans Modrow, der am 27. Januar 80 Jahre wird, unter Leipziguern und ihren ausländischen Gästen – noch auf dem alten Sachsenplatz

Foto: LN-Archiv

Welt zu sehen und dabei Menschen kennenzulernen, deren Bekanntschaft ihn reicher machte. „Ich habe“, fasst er zusammen, „gesehen, gehört und gelernt“. Als FDJ- und SED-Funktionär und später als DDR-Ministerpräsident traf er unzählige Staatsoberhäupter, Minister und Diplomaten. Über diese Begegnungen und Gespräche sowie über ihre politischen Auswirkungen berichtet er in diesem Buch. Offen spricht er von der Unterschiedlichkeit seiner politischen Partner: Verschlussene und Verschlagnene, Kultivierte und Aufgeschlossene, Eiskalte und Durchtriebene, Warmherzige und Sympathische. Nur selten habe zwischen Parteibuch und Charakter ein direkter Zusammenhang bestanden. „Unter den Konservativen fand ich soviel Freundlichkeit, wie ich bei vermeidlichen Freunden auf

unterdrückte Gegnerschaft stieß.“ Dass Charakter und Charisma keine Fragen der Weltanschauung sind, betont er, sei eine seiner wichtigsten Lebenserfahrungen. Daraus leitet Modrow ab, dass man Sachverhalte und Personen emotionslos und ohne Vorbehalte beurteilen soll, denn wer sich ideologisch vernagelt, macht sich selber blind.

Wer glaubt, dass Ideologie nur bei Kommunisten anzutreffen sei, irre sich. Warum wohl, so stellt er die Frage, fand zum Beispiel Lothar Bisky in vier Wahlgängen keine Mehrheit im Deutschen Bundestag, als er für seine Fraktion den ihr zustehenden Vizepräsidentenstuhl besetzen sollte? Das sei eine eindeutig ideologisch motivierte Ablehnung gewesen. „Allein seine Herkunft, die ihm eingebrannt ist als Kainsmal wie anderen

Ostdeutschen auch, sorgte für Verweigerung.“ Dieser allseitig betriebenen Verteufelung der Geschichte der DDR, vor der auch manche Linke zurückweichen, setzt er sein Wirken und seine Erfahrungen als Repräsentant der DDR entgegen. So erinnert er daran, was es für ein Geschrei gab, als er erklärte, dass für den Mauerbau in Berlin sowohl der Osten als auch der Westen Verantwortung getragen habe, dass der 13. August 1961 „eine unübersichtliche, gefährliche Lage zwischen den Blöcken klärte, die Berlin-Krise beendete und objektive Voraussetzungen für die Entspannungspolitik lieferte“. Nur Ideologen, die den Blick vor der Geschichte verschließen, „kommen zu einem anderen Urteil als jenem, dass die Grenze quer durch Deutschland weder Willkür noch eine rein deutsche Entscheidung ge-

wesen sei“. Es gehe nicht darum, die DDR schöner zu reden, als sie wirklich war, sondern um Souveränität des Umgangs mit der eigenen Geschichte.

Eine andere Erfahrung, die er machte, sei die, dass Ideologie und Haltung keineswegs identisch sind. So war ein antikomunistischer Konservativer als Gesprächspartner mitunter zuverlässiger als ein „vermeintlich Linker, der sich wie ein Halm in jedem Wind bog. Da wusste man nie, ob morgen noch galt, was man heute vereinbart hatte“. Mancher derartiger Gesinnungswandel habe ihn daher nach 1990 kaum überrascht, wiewohl er auch enttäuschte.

Was Modrow der Linken mit auf den Weg geben möchte, sagt er im letzten Kapitel. Was bleibe, sei die Hoffnung, denn die Hoffnungslosigkeit ist schon die vorweggenommene Niederlage. Da ist aber auch die Rede von Parateidispziplin, ein Wort, bei dem sofort einige zusammenzucken würden. Doch Demokratie funktioniert nur dadurch, „dass man sich einem mehrheitlich formulierten und angenommen Willen unterordnet, sich ihm fügt“. Da wird auf das Selbstbewusstsein verwiesen, mit dem Ziele nicht nur formuliert, sondern auch umgesetzt werden sollen. Es geht um das Selbstbewusstsein, „mit dem man sich in den Wind stellt und dem Zeitgeist die Stirn bietet“. Dazu gehöre die Souveränität im Umgang mit der Geschichte der DDR. Und Modrow schließt mit dem Bekenntnis, in Italien begriffen zu haben, „dass der Sozialismus in erster Linie eine Kulturfrage ist“. Hans Modrow, der am 27. Januar 80 Jahre alt wird, ist vor allem gute Gesundheit zu wünschen. Er ist ein linkes Urgestein, das, wie auch dieses Buch belegt, allen Anfeindungen trotzend, wegen seiner Gradlinigkeit nicht nur in seiner Partei ein hohes Ansehen besitzt. Danke, Hans.

• KURT SCHNEIDER

Hans Modrow: *In historischer Mission. Als deutscher Politiker unterwegs. Mit einem Vorwort von Oskar Lafontaine. edition ost, Berlin 200. 284 Seiten, zahlreiche Fotos, 14,90 Euro*

Als „Die Tochter des 20. Jahrhunderts“ schildert die wohl letzte große kämpferische Frau des italienischen Kommunismus Rossana Rossanda ihre Lebenserinnerungen. Auch im hohen Alter ist sie noch immer eine engagierte Publizistin. Geboren am 23. April 1924, studierte sie Kunstgeschichte und Philosophie und kam 1943 durch ihren Lehrer Antonio Banfi in Kontakt mit Antifaschisten. So nahm sie an Partisanenaktionen der Resistenza teil. Nach Kriegsende engagierte sich die Intellektuelle in der KPI. Ihre Bildung und ihr Wissen überzeugten den damaligen Parteichef Palmiro Togliatti, der sie zur Verantwortlichen für die Kulturpolitik der KPI ernannte. In das Zentralkomitee wurde sie 1959 aufgenommen, wenige Jahre später kam sie für die

Blick von links in italienische Geschichte

Partei als Abgeordnete in das römische Parlament.

In den folgenden Jahren geriet sie jedoch in Konflikte mit der KPI. Es ist deren unentschiedene Haltung gegenüber Moskau sowie eine allzu reformistische Politik in Italien, die Rossanda kritisierte. Im sogenannten „heißen Herbst“ 1969, die Protest- und Streikbewegung hatte längst Teile der Arbeiterschaft erfasst, gründete Rossana Rossanda zusammen mit gleichgesinnten KPI-Mitgliedern, darunter Luigi Pintor, Valentino Parlato, Lucio Magri, Luciana Castellina die Monatszeitschrift *Il Manifesto*. Mit diesem Blatt wird scharfe Kritik an der aus

ihrer Sicht beschwichtigenden Haltung der KPI geübt. Es folgte, was folgen musste: Die Kritiker wurden wegen Linksabweichung aus der KPI ausgeschlossen. Rossanda engagierte sich bei *Il Manifesto*. 1971 machte sie aus der intellektuellen Monatszeitschrift eine unabhängige linkskommunistische Tageszeitung, deren politische Linie sie jahrelang prägte, was ihr auch bei ihrem politischen Gegner Ansehen verschaffte. Der Versuch der Gruppe *Il Manifesto* zusammen mit anderen Splittergruppen der Linken 1976 eine neue politische Partei zu bilden, endete kläglich. Nach dieser vernichtenden Wahlniederlage zog sich Ros-

sanda aus der aktiven Politik und der Leitung von *Il Manifesto* zurück. Seitdem widmet sie sich nur noch dem journalistischen und literarischen Schaffen.

Mit ihrer Autobiographie „La ragazza del secolo scorso“ (*Die Tochter des 20. Jahrhunderts*) gibt sie dem Leser erste Einblicke in das Innenleben der KPI, auch wird die jüngste Geschichte Italiens, nicht zuletzt der Umgang mit der Erblast Faschismus, beleuchtet. Gewünscht hätte ich mir auch Aussagen zum katholischen Klerus wie zum Vatikan.

• K.-HEINZ WALLOCH

Rossana Rossanda: *Die Tochter des 20. Jahrhunderts. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 2007. 476 Seiten, 26,80 Euro*

Im Januar 1918 fanden die Auswirkungen der Russischen Oktoberrevolution in Deutschland ihren bis dahin stärksten Ausdruck. Unter dem Titel „Männer und Frauen des werktätigen Volkes“ hatten sich 25 USPD-Reichstagsabgeordnete in einem Flugblatt gegen die maßlosen Annexionsforderungen der deutschen Regierung gegenüber der jungen Sowjetmacht gewandt. Obwohl dieser Appell nicht direkt zu einem Streik aufgerufen hatte, trug er doch wesentlich zur Auslösung des größten politischen Massenstreiks während des Krieges bei. Die Revolutionären Obleute waren übereingekommen, mit dem Streik am 28. Januar zu beginnen. Dem diente auch das Flugblatt der Spartakusgruppe „Hoch der Massenstreik! Auf zum Kampf!“, das den Streikbeginn öffentlich ankündigte.

Am 28. Januar 1918 legten in ganz Deutschland weit über eine Million Werktätige, vorwiegend Rüstungsarbeiter, die Arbeit nieder, davon allein nahezu 400 000 in Berlin und im rheinisch-westfälischen Ruhrgebiet etwa 200 000. Zur Leitung der Streikaktionen bildete sich in Berlin ein Arbeiterrat, dem 414 Mitglieder angehörten. Diese wählten einen Aktionsausschuss von zunächst 11 Personen, die fast alle den Revolutionären Obleuten und damit der USPD angehörten. Eine Einbeziehung von Vertretern der SPD in die Streikleitung wurde wegen schlechten Erfahrungen bei Streiks zunächst abgelehnt. Um jedoch auch verstärkt Mitglieder der SPD in den Streik einzubeziehen, wurde diese Haltung schließlich aufgegeben. Die Vorstände von USPD und SPD wurden aufgefordert, je drei Vertreter für den Aktionsausschuss zu benennen. So wurden neben Haase, Ledebour und Dittmann (USPD) auch Ebert, Scheidemann und Braun (SPD) in die Streikleitung aufgenommen. Später wurde bekannt,

„Nur eine Revolution bringt uns Rettung“

Im Januar 1918 streikten über eine Million deutscher Arbeiterinnen und Arbeiter für ein revolutionäres Kriegsende

dass letztere nur in die Streikleitung eingetreten waren, um „den Streik zum schnellsten Abschluss zu bringen“.

In Leipzig, wo der machtvolle Aprilstreik 1917 noch nachhaltig spürbar war, leitete die Militäradministration drakonische Maßnahmen ein, um einen Streik zu verhindern. In ganzseitiger Aufmachung veröffentlichten die Leipziger Tageszeitungen eine „WARNUNG“ des kommandierenden General von Schweinitz. Mit schweren Strafen und der sofortigen Einberufung aller Wehrpflichtigen wurde denen gedroht, die in den Streik zu treten gewillt waren. Dennoch, am 31. Januar traten auch Teile der Leipziger Arbeiterschaft, unter ihnen 1000 Rüstungsarbeiter der Deutschen Flugzeugwerke in Lindenthal, in den Streik. Bereits zwei Stunden danach verhängte General von Schweinitz für den Bereich der Deutschen Flugzeugwerke den militärischen Belagerungsstatus. Die Arbeiter dieses Betriebes galten als zum Kriegsdienst Einberufene und unterstanden damit dem Kriegsrecht. Unter Androhung einer Haft bis zu einem Jahr oder einer Geldstrafe bis zu 1500 Mark, „sofern keine höhere Strafe verwirkt ist“, wurden die Streikenden aufgefordert, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen. Auf strengste wurde verboten, Arbeiter der deutschen Flugzeugwerke „mündlich oder schriftlich oder durch Verteilung von Drucksachen, Erlass von Aufrufen oder sonst in irgendeiner

Weise zur Einstellung oder Beschränkung der Arbeit aufzufordern oder anzureizen“. Versammlungen wurden verboten, die *Leipziger Volkszeitung* der militärischen Vorzensur unterworfen. Die Polizeimannschaften standen in Alarm-Bereitschaft.

Ungeachtet dieser massiven Drohung traten noch am gleichen Tage weitere etwa 3000 Arbeiter kleinerer Betriebe in den Streik. So streikten z. B. in der Firma Singewald & Co. in Leipzig-Leutzsch 250

sammlung des 13. sächsischen Reichstagswahlkreises, weil, wie in den Polizeizetteln vermerkt, „erfahrungsgemäß in solchen Versammlungen für den Streik geschürt wird“. Als sich trotz dieses Verbots zahlreiche streikende Arbeiter spontan im Großen Saal des Volkshauses versammelten, verboten Beamte der Polizei, „politische Reden zu halten“. Nur dem Reichstagsabgeordneten und Parteisekretär Ryssel (SPD) wurde es erlaubt, den Streikenden eine „Warnung vor Ausschreitungen“ zu verkünden. Darüber berichtete

Mit schweren Strafen und der sofortigen Einberufung aller Wehrpflichtigen wurde denen gedroht, die in den Streik zu treten gewillt waren. Dennoch, am 31. Januar traten auch Teile der Leipziger Arbeiterschaft, unter ihnen 1000 Rüstungsarbeiter der Deutschen Flugzeugwerke in Lindenthal, in den Streik. ...Ungeachtet dieser massiven Drohung traten noch am gleichen Tage weitere etwa 3000 Arbeiter kleinerer Betriebe in den Streik.

Arbeiter und Arbeiterinnen, darunter 101 junge Frauen im Alter unter 21 Jahren.

In dieser Situation schlug die Reaktion brutal zu. Hunderte streikende Arbeiter wurden sofort zum Heeresdienst einberufen, allein 50 Arbeiter der Firma Max Jahn in Leipzig-Leutzsch. Die Polizeimannschaften wurden verstärkt zur Fahndung auf Flugblattverteiler und Flugblattkleber eingesetzt. Versammlungen wurden generell verboten, auch die bereits vor Streikbeginn für den 31. Januar einberufene USPD-Mitgliederver-

Bernhard Stohr: „Ryssel gab sich Mühe, uns nachzuweisen, dass ein Streik zum Scheitern verurteilt wäre, wenn er nicht ständig an Umfang zunähme. Das wäre hier (in Leipzig) nicht der Fall, wir sollten ihn also abbrechen.“ Nachdem die Versammelten, die Ryssel eine Absage erteilt hatten, trotz Polizeischikanen Versammlungen in den einzelnen Stadtteilen vereinbart hatten, formierten sie sich zu einem Demonstrationzug, der vom Volkshaus zum Königszugplatz zog und die Richtung nach Lindenuau einschlug. Doch bald

erschien berittene Polizei und trieb die Demonstranten gewaltsam auseinander. Noch am selben Tag (31. Januar) bzw. in der darauffolgenden Nacht wurden 18 Personen, darunter die der USPD angehörenden Stadtverordneten Dietze, Kunze und Windsch, wegen Verteilung von Flugblättern und Kleben von Plakaten, die zur Teilnahme am Streik aufforderten, verhaftet.

Gleiches vollzog sich auch in Berlin, wo Wilhelm Dittmann (USPD) auf einer Streikversammlung verhaftet und anschließend von einem Kriegsgericht wegen versuchten Landesverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt wurde. Am 1. Februar stellten die Militärbehörden sieben Berliner Betriebe unter militärische Leitung. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wurden bis zu 10 Prozent der Streikenden mit 48stündiger Frist einberufen. Diese Arbeiter erhielten das Aktenzeichen „B 18“, welches sie als Streikteilnehmer auswies. Das bedeutete, dass sie an der vordersten Front eingesetzt wurden und keinen Urlaub oder sonstige Vergünstigungen erhielten. Diese überaus harten Unterdrückungsmaßnahmen waren neben dem Agieren der SPD-Vertreter der Streikleitung die entscheidende Ursache für das Ende des Streiks am 4. Februar 1918. Richard Müller, der Vorsitzende der Streikleitung, charakterisierte treffend die Situation mit den Worten: „Die Arbeiter fühlten sich nicht geschlagen, sondern als Kämpfer, die den Rückzug antreten, um mit stärkerer Kraft vorzustoßen. Aus der geschaffenen Stimmung klang es überall heraus: Wir brauchen Waffen, wir müssen unsere Propaganda in das Heer tragen. Nur eine Revolution bringt uns Rettung.“ So war der Januarstreik ein Vorbote der Novemberrevolution 1918.

• KURT SCHNEIDER

Was sich hinter LEIPZIGER STRASSENAMEN verbirgt (58)

Nördlich von Lindenthal ist nahe der Autobahn in den vergangenen Jahren ein großes Industriegebiet für Porsche, das Frishezentrum und ein Güterverkehrszentrum entstanden.

In diesem Gebiet wurden gleich zwei Straßen nach dem ehemaligen Exerzierplatz der Leipziger Garnison benannt: Am Exerzierplatz und Am Exer. Eine solche Benennung ist nicht ganz neu, denn bis nach dem Zweiten Weltkrieg trug die heutige Erich-Thiele-Straße (in der DDR Ernst-Thälmann-Straße) in Lindenthal den Namen Exerzierplatz-Straße.

Beide neuen Straßennamen sind nicht exakt, denn sie befinden sich nicht „am“ Exerzierplatz, sondern direkt auf dem ehemaligen Exerzierplatz.

Unter einem Exerzierplatz versteht man heute jenen Platz in einer Kaserne (oder unmittelbar daneben), auf dem Einheiten ihre Exerzierausbildung, also das Üben von Marsch- und Gleichschritt etc., durchführen. Das war einst anders. Als die Ka-

sernen im Norden Leipzigs errichtet wurden, da verstand man unter einem Exerzierplatz den Standortübungsplatz, also ein kasernennahes kleines Manövergelände. Und das war der Platz seit etwa 1897.

Als die Stadt dieses Kasernement baute, verlangte das Militär ein Übungsgelände, das in kurzem Fußmarsch zu erreichen sein

sollte. Leipzig kaufte im Juli 1895 44 Parzellen von 20 Besitzern. Doch dem Militär genügte diese Fläche nicht. Es kam zu langwierigen Verhandlungen, denn die meisten der Anlieger waren nicht gewillt, ihr Land abzugeben. Da die Ausdehnung in Richtung Lützschena und Stahmeln misslang, versuchte man diese nach Norden, auf Radefelder Flur. Hier konnten schließlich am 9. August 1899 weitere 7 Parzellen zugekauft werden. Aber Radefeld gehörte zu Preußen! Sächsisches

Militär konnte auch im einigen Deutschen Reich nicht einfach Boden in Preußen kaufen. Es ist darum schon fast bewundernswürdig, dass der Kaiser als König von Preußen bereits am 14. September 1899 dem Kauf persönlich zustimmte. So gingen am 21. September mehr als 82 Hektar für 325 619,19 Mark in den Besitz der Garni-

son über. Am 1. April 1900 wurde der Kauf durch weitere 5 Hektar für 29 554 Mark abgerundet. Während die ersten Käufe als Infanterie-Exerzierplatz genutzt wurden, bildeten die Neuzukäufe am Tannenwald einen Artillerie-Exerzierplatz.

Das Gelände beherbergte von 1912 bis zum Kriegsbeginn den ersten Platz für Militärflugausbildung, den Vorläufer des Flugplatzes Lindenthal.

In den folgenden Jahrzehnten übten hier bis 1918 die Sächsischen Regimente und

Reservetruppenteile der Leipziger Garnison, anschließend das 11. Infanterieregiment der Reichswehr und der Wehrmacht und schließlich Truppenteile der Nationalen Volksarmee. Von 1897 an bis 1990 tränkten zigtausende von Soldaten die Erde des Exers mit ebenso vielen Litern Schweiß.

Im Jahr 1945 ereignete sich hier noch ein scheußliches Verbrechen. Am 12. April, unmittelbar vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen in Leipzig, erschoss die Gestapo 52 Deutsche, Russen, Tschechen, Polen und Franzosen. An sie erinnert heute das Denkmal der 53 auf dem Übungsgelände.

Dass gleich zwei Straßennamen nach dem Exer benannt wurden, liegt daran, dass die eine vom ehemaligen Gemeinderat von Lützschena und die andere vom Gemeinderat Radefeld ihren Namen erhielt und die eine dann eingemeindet und die andere durch Flächentausch zu Leipzig kam.

• DIETER KÜRSCHNER

Am Exerzierplatz / Am Exer



Von
**KLAUS
HUHN**

Haben Sie schon mal mit dem Bundesrechnungshof zu tun gehabt? Ich nicht und ich würde auch wetten, dass mir dies nicht widerfahren wird. Die Herren, die in diesem Gremium sitzen – sehr gut bezahlt, wie versichert wird –, haben den bundesdeutschen Sport ins Visier genommen und – so die dürtigen Nachrichten, die darüber verbreitet wurden – die Bundesregierung kritisiert, dass sie zu viel Geld für den Sport ausgibt.

Frage 1: Wo beginnt die Grenze zu „viel Geld“?

Antwort: Das ist relativ!

Frage 2: Kann man solche Relationen deutlich machen?

Antwort: Man wird es versuchen. Der Bundesrechnungshof monierte, dass die Bundesregierung für den bundesdeutschen Sport mit 200 Millionen Euro zu viel ausgibt.

Die Aktiengesellschaft Bayern München – ich meine die AG, die ihren Gewinn mit Fußball macht – zahlt jährlich 60 Millionen Euro Gehälter an ihre Kicker. Die Bilanzsumme liegt bei 243,5 Millionen Euro, der Umsatz letztes Jahr bei 225,8 Millionen Euro und das Eigenkapital bei 175,9 Millionen.

Ich vermute mal, Sie haben damit eine Vorstellung, was Sport kosten kann.

Nun also zu den Ausgaben der Bundesregierung. Der Berliner *Tagesspiegel* meldete am 18. Januar 2008: „Der Bundesrechnungshof hat sich in einem Gutachten für eine Eingrenzung der Sportförderung des Bundes ausgesprochen. Der Präsident des Bundesrechnungshofes, Dieter Engels, hält es für notwendig, dass sich der Bund ‚auf die Spitzensportförderung beschränkt‘, heißt es in dem Gutachten ...“

Und dann kann man dort auch lesen: „Der Bund fördert den Sport seit Jahrzehnten trotz unklarer und feh-

lender Ausgaben- und Finanzierungszuständigkeit: „Obwohl die Bundesregierung ihre Förderzuständigkeit nur als Ausnahme betrachtet und unter dem Gesichtspunkt der nationalen Repräsentation im Wesentlichen auf den Spitzensport bezieht, fördert sie auch den Leistungssport und Breitensport.“ Versper hielt dagegen, mit seinem Beitrag zur Integration und der Arbeit der Ehrenamtlichen entlaste der Sport die Staatsfinanzen beträchtlich.“ (Vesper ist Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbundes, kurz DOSB.)

Klartext: Der Bundesrechnungshof betrachtet die Sportförderung als „überbezahlt“ und unterscheidet neuerdings zwischen „Spitzen-“, „Leistungs-“ und

munen die nun fehlenden Schecks ausschreiben, aber wer daran glaubt, wird selig. Wir müssen uns nicht den Kopf darüber zerbrechen, woher das nun fehlende Geld kommen könnte, aber wir sollten auch nicht darüber grübeln, wie die BRD dieses Problem lösen könnte. Wir erinnern uns dennoch daran, wie es früher geregelt wurde und mancher Athlet wird es wohl auch tun. Man hat sich zwar daran gewöhnt, dass gleich nach Sonnenaufgang die ersten Schauermärchen über die unmenschliche DDR-Vergangenheit verbreitet werden. Aber man wird sich nicht daran gewöhnen müssen, dass man vergisst, wie es damals wirklich war. Als man zum Beispiel den Sport auch aus dem Gewinn der Betriebe finanzierte, dieweil der nicht in die Briefstaschen von Aktionären floss.

Sportkolumne

Wie es damals war ...

„Massensport“. Das ist eine neue Stufenleiter, zumal dafür plädiert wird, nur noch die Kategorie 1 zu fördern, Schecks also nur noch für die Stars! Der Bundesrechnungshof verlangt nämlich, dass sich „unter dem Gesichtspunkt der nationalen Repräsentation“ die Förderung „im Wesentlichen auf den Spitzensport bezieht.“ Den Jüngeren sei erklärt: Die Behauptung, Sport diene nur der „nationalen Repräsentation“ stammt aus dem „Aufarbeitungskatalog“ über die DDR. Dort hatte das „Politbüro“ (vielleicht auch das MfS – derlei Vokabeln sind mühelos austauschbar) um der Medaillen willen, mit denen die DDR brillieren wollte (und es auch ziemlich überzeugend tat!) nur die medaillenträchtigen Sportarten gefördert und die anderen nicht. Die seit fast zwei Jahrzehnten verbreitete Mär – gepredigt von hoch dotierten „Wissenschaftlern“ – lautet: Die DDR förderte nur den Spitzensport und vernachlässigte den Breitensport! Nun wird die Bundesregierung heftig kritisiert, dass sie „Leistungssport“ und „Massensport“ fördert, obwohl die der nationalen Repräsentanz nicht dienen. Dagegen wurden ein paar müde Proteste verbreitet und damit dürfte die Affäre zu den Akten gelegt werden. Zwar wird noch empfohlen, dass Länder und Kom-

Ja, und dann teilte man auch mit, dass „vermutlich“ zahlreiche bundesdeutsche Wintersportler in einer Wiener „Blutbank“ gedopt wurden. Wer

das mitteilte? Ein Mann, der den respektablen Titel „ARD-Doping-Experte“ trägt und Hajo Seppelt heißt. Wer ihm diesen Titel verlieh, weiß niemand und demzufolge weiß erst recht niemand, was sich dahinter verbirgt. Der Mittvierziger trägt bei jedem Auftritt eine so imponierende Amtmann-Wichtig-Miene, dass Ahnungslose schon bei seinem Erscheinen glauben könnten, er sei tatsächlich im Bilde. Peinlich für ihn war in diesem Fall, dass die öffentlichen TV-Riesen stattliche Verträge mit dem Deutschen Skiverband abgeschlossen haben und demzufolge mehrstellige Summen überweisen. Verständlicherweise muss der Skiverband als Gegenleistung keine Verleumdungen widerspruchsfrei hinnehmen. Also reichte er Klagen ein – nicht gegen die TV-Riesen, sondern gegen die TV-Journalisten. Seppelt „konkretisierte“ seine Story flugs vor einem Mikrophon, aber die Rechtsanwältinnen traten dennoch in Aktion. Auch das war früher alles einfacher: Doping? Die Antwort lag immer bereit: In jedem Fall hatte die DDR gedopt! Natürlich flächendeckend und – siehe oben – getrieben vom Politbüro (oder dem MfS). Da war das „Experte“ spielen, noch ein Kinderspiel. Mithin: Auch in diesem Fall gilt: Früher war es besser...

ES WIRD BUNT!

MEHR INHALT, MEHR FARBE,
ÜBERSICHTLICH,
VIELE FEATURES & INTERVIEWS,
REZENSIONEN, NEUES AUS OST & WEST,
ÜBER 1000 KONZERTTERMINEN,
LESERSHOP MIT VIELEN TOLLEN ANGEBOTEN

Ab 24.01.08 im Handel



SERVICENUMMER 01805/917 917

(0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz, abweichende Preise für Mobilfunkteilnehmer)



www.melodieundrhythmus.com

Das da hätt' einmal fast die Welt regiert,
Die Völker wurden seiner Herr.
Jedoch ich wollte,
daß ihr nicht schon triumphiert:
Der Schoß ist fruchtbar noch,
aus dem das kroch .

Bertolt Brecht, *Kriegsfiel*, 1955

Vor 75 Jahren, am 30. Januar 1933, ernannte der greise Reichspräsident Feldmarschall von Hindenburg den Führer der NSDAP Adolf Hitler zum Reichskanzler. Angesichts der Folgen und Erfahrungen ist es deshalb kein Wunder, wenn um die Frage „Wie konnte es geschehen?“ bis heute kontrovers gestritten wird. Der Streit beginnt bereits bei der Verwendung des Begriffs Faschismus oder Nationalsozialismus, wie die Hitler und Goebbels ihre „Bewegung“ in demagogischer Weise nannten. Denn den Begriff Nationalsozialismus erfanden die Faschisten zur Tarnung ihrer Ziele und zur Täuschung der Massen. Mit ihm wurde es möglich, sozialistische Politik und Tradition (sogar Liedgut) zu missbrauchen. Wenn Antifaschisten sich auf dieses Spiel einlassen würden, ergäbe sich, dass sie Antinationalsozialisten sein müssten. Nie darf aus dem Gedächtnis der Völker gelöscht werden, dass die Sowjet-

Man trägt Nadelstreifen

union die Hauptlast der Antihitlerkoalition im Kampf gegen den Faschismus getragen hat. Und nie wieder darf vergessen werden, dass das Vermächtnis der Antifaschisten im Schwur von Buchenwald lautete: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! An den 30. Januar 1933 und seine Folgen zu erinnern, verlangt zu prüfen, wie deutsche Politik und Politiker mit diesem Vermächtnis umgehen. Schließlich, die BRD erhob nicht nur staatsrechtlich Anspruch „Rechtsnachfolger des Dritten Reiches“ zu sein. Jene bürgerlichen Politiker, die im März 1933 dem „Ermächtigungsgesetz“, also der „legalen“ Installation der Hitlerdiktatur zustimmten, gelangten nach 1945 wieder an die Schalthebel der politischen Macht. Symbol für sie war der erste Bundespräsident Theodor Heuss. Die personelle Kontinuität verkörperten auch Globke, Kiesinger, Filbinger, Heusinger und viele andere, die Hitler gedient hatten und nun an die Spitze der BRD traten. Sofort 1990 erfolgte dann auch auf ostdeutschen Boden unter der Piratenflagge „Wiedervereinigung“ die Restau-

ration jener Eigentums- und Machtverhältnisse, die Hitler nötig und möglich gemacht haben. Zweifellos, die Bourgeoisie ist so fest etabliert, dass sie immer noch völkerrechtswidrige Kriege zur Verteidigung deutscher (?) Interessen ohne nennenswerten Widerstand führen kann. Ob mit der rot-grünen Koalition, die das Signal setzte, oder der großen Koalition unter Kanzlerin Merkel, ist dabei nebensächlich. Inzwischen liegen Untersuchungen vor, die die internationale Faschisierung im Schatten der USA-Politik analysieren. Auch in Deutschland erfolgt die Sammlung der Rechtsextremisten nicht nur in der NPD. Unter dem Titel „Wer faschisiert die BRD?“ schreibt Klaus Steininger: „Der Königsweg der Faschisierung aber führt durch die Institutionen. Man trägt Nadelstreifen und kommt durch die Vordertür. Die Hülle der bürgerlichen Demokratie – das Dekor von Parteien und Parlament – bleibt erhalten.“ Der 75. Jahrestag des 30. Januar 1933 muss Anlass sein, die Lehren aus Krieg und Faschismus in unserer täglichen Politik zu berücksichtigen.

HORST SCHNEIDER, DRESDEN

Klima-Anheizter

Am 14. Januar diesen Jahres war im *BILD Magazin* zu lesen, dass „der deutsche Steuerzahler“ für die „Ausländer blecht“, damit diese „sicher leben können“, aber damit rechnen muss „von ihnen verprügelt zu werden!“

Dieser Ausschnitt eines Artikels ist nur Teil einer unerträglichen Hetzkampagne. Systematisch werden Statistiken und Fakten ignoriert, um ein Klima zu erzeugen, welches „Ausländer“ gefühlt für alle möglichen Kriminalitätsdelikte verantwortlich macht und die Forderungen nach Abschiebungen auf ein neues Niveau bringt – unisono ergänzt von der Forderung nach einem härteren Jugendstrafrecht.

Laut einem Interview von bildblog.de mit Prof. Christian Pfeiffer, derzeitiger Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, ist die Quote der ausländischen Tatverdächtigen seit 10 Jahren um 8 Prozent von 27 auf 19 zurückgegangen. Pfeiffer betonte auch, dass man in jeder Stadt Gewaltdelikte von Migranten finden kann, aber eben genauso rechtsradikale Übergriffe.

Letztlich bleibt zu wiederholen: härtere Strafen schrecken niemanden ab, härtere Strafen verhindern keine Wiederholungstaten! Flächendeckende Videoüberwachung verhindert keine Verbrechen! Die sozialen Verhältnisse, sowie die Integrationspolitik der Regierung müssen verändert werden, denn hier sind Ursachen zu finden, auch für Gewalt.

JUNGE LINKE. SACHSEN

Für die Linkspartei stellen die Ideen des demokratischen Sozialismus zentrale Leitvorstellungen für die Entwicklung der politischen Ziele dar. Was ist aber demokratischer Sozialismus? Schon in den programmatischen Eckpunkten, also vor der Parteienfusion, war damit das „historische Verständnis des demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem“ erklärt. Hier ist der Sozialismus also keine Gesellschaftsordnung mehr, die auf den Kapitalismus folgt, sondern Ziel, Weg und Wertesystem zugleich. Gibt es auf dieser Welt etwas, was Ziel und Weg zugleich ist? Diese Definition des demokratischen Sozialismus ist eine völlig unklare Formulierung. Es ist leider nicht die einzige. Was heißt „eine andere Politik“ oder „eine andere Welt“? Wenn ich in eine Gaststätte gehe, kann ich auch nicht sagen: „Ich möchte eine andere Speise“, ich muss mich schon klar ausdrücken, was ich essen will. Die CSU oder NPD wollen meist auch eine „andere Politik“ als die gegenwärtige Politik von CDU und SPD. Warum formuliert die LINKE nicht klar: „Wir wollen eine sozialistische Politik, eine sozialistische Welt“?

Die LINKE hat sich gut etabliert

Bohrende Fragen bleiben

Aber, wollen „wir“, die Autoren linker Programmatik, überhaupt noch eine sozialistische Politik, eine sozialistische Welt? Sind „wir“ noch Sozialisten? Ist „unser“ Ziel noch Sozialismus? Dieser sei „gescheitert“, also wollen wir ihn nicht mehr! Aber: Was wollen wir, wenn wir den Kapitalismus, den gegenwärtigen Kapitalismus hart kritisieren? Nur einen besseren, einen anderen Kapitalismus? Noch wird das nicht ausgesprochen, aber schon gedacht? Der Sozialismus als Idee von der Gesellschaftsordnung, die auf den Kapitalismus folgt, scheint gestorben zu sein, trotz des bisherigen Namens der einen der vereinigten Parteien, „Partei des demokratischen Sozialismus“. Der Sozialismus als Gesellschaftsordnung beruht vor allem darauf, dass wichtige Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum sind, entweder Staats- oder Volkseigentum, bekannt, oder genossenschaftliches Eigentum.

Der linke Theoretiker Michael Brie verfasste vor knapp

einem Jahr eine Broschüre „Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus“. Auf 56 Druckseiten kommt das Wort Sozialismus nicht einmal vor (auch wenn das Werk als Supplement der Zeitschrift „Sozialismus“ erschien). Warum? War er nicht Mitglied einer Partei, die den demokratischen Sozialismus in ihrem Namen trug?

Der reale Sozialismus, heute mit Recht kritisch bewertet, sei gescheitert, heißt es. Nein, das ist er nicht. Er wurde in der Sowjetunion nach immerhin schon 70 Jahren und in der DDR nach 40 Jahren aufgegeben, auch seitens seiner führenden Persönlichkeiten. Ich nenne nur Gorbatschow. Gregor Gysi meint „die Wirtschaft (der DDR) war eine unproduktive Mangelwirtschaft“. Aber hatten wir in der DDR – einen heute zunehmend von sehr vielen wieder herbeigesehnten – relativ hohen Grad der Verwirklichung sozialer Grundrechte? Ohne eine leistungsfähige Wirtschaft hätten sie trotz alledem nicht verwirklicht werden können. 40 Jahre realer Sozialismus in der DDR, seine Wirtschaft und die Rechte der Bürger müssen viel differenzierter betrachtet werden.

EVA MÜLLER, TAUCHA

Wanderungen durch Neufünfland

„Frohe Zukunft“ mit Alarmanlage?

IN MAGDEBURG RIEF UNS EINER, eine zerballerte Fensterscheibe zu besichtigen. Immer ärgerlich, wenn's regnet, aber in diesem Fall ging es um höhere Beträge. In der Magdeburger Kindertagesstätte „Frohe Zukunft“ tobt sich seit November „Vandale-Gang“ aus. Der erste Einbruch galt dem uralten Computer, für den niemand auch nur einen Cent zahlen dürfte. Die Programme aber waren für die Kita wichtig gewesen. Beim nächsten Einbruch wurden Beutel der Kinder geklaut und Lebensmittel aus der Küche. Als die Bande wieder aktiv wurde, hinterließ sie Blutspuren. Eine der Täter musste sich verletzt haben. Ist doch eine ideale Spur für die Polizei, meinten wir. Am 4. Januar zerdröschten die Einbrecher die eben erneuerte Scheibe und stahlen ein Radio mit CD-Wechsler und die fünf bei den Kindern beliebtesten CDs – neu angeschafft nach dem ersten Einbruch. Die Tragik der Kita, sie hat eine 600-Euro-Selbstbeteiligungs-Versicherung und sah deshalb keinen Cent. Der Glaser muss schon lange nicht mehr Maß nehmen, er kennt die Größe der Scheibe genau. Wir hörten und staunten und fragten nach der Polizei. Ja, erfuhren wir, der Kontaktbeamte war schon da gewesen – und hatte gute Ratschläge gegeben: Die wertvollsten Gegenstände sollten abends gut verschlossen werden. Inzwischen war der kleine Fernseher „abgeholt“ worden und auch die „Kuschel-

ecke“. Wie schließt man die wohl abends gut weg? Ein anderer guter Rat: Eine Alarmanlage könnte das Problem lösen. Die kostet aber 3500 Euro und die hat die „Frohe Zukunft“ nicht. Wir fragten, ob sich nicht mal ein paar erfahrene Kriminalisten der Sache annehmen könnten? Rundum skeptische Blicke und Schweigen. Darauf schien noch niemand gekommen zu sein.

BEDAURE; DASS ICH BEI DEM THEMA BLEIBE. In Gardelegen saßen wir im Gerichtssaal, wo ein 19-Jähriger angeklagt war. Wir saßen da und fragten uns, wie recht die wohl alle haben, die härtere Strafen fordern und wie recht die, die meinen, das Gesetzbuch müsse nicht verschärft werden. Zwar wählen wir nicht in Hessen, aber langsam beginnt diese Frage die Gemüter zu bewegen. Also: Dem 19-Jährigen hatte jemand in einer Disco versehentlich ein Getränk über die Hose gegossen. Es gab Ärger, dann schien die Angelegenheit beendet, aber als der „Verschütter“ mit seinem Freund nach Hause ging, soll es einen neuen Streit mit einem anderen gegeben haben und schließlich schlug der Angeklagte den ihm völlig Unbekannten zusammen, als er schon am Boden lag. Anschließend riss er die Arme hoch wie ein k.o.-Sieger und die Kumpels feierten ihn gebührend. Der Zusammengeschlagene wurde indessen im Krankenhaus behandelt und ge-

nährt. Der Richter langte nach dem Vorstrafenregister, fand räuberische Erpressung, gefährliche Körperverletzung und Beleidigung. Dann fragte er den Angeklagten, ob er sich bei dem Opfer schon mal entschuldigt habe. Hatte er nicht. Dann verurteilte der Richter ihn zu sechs Monaten Jugendstrafe und setzte die für drei Jahre zur Bewahrung aus. Seine letzten Worte: „Ich bin gespannt, ob sie die Bewährungszeit durchhalten. Ich hoffe es, aber ich glaube es nicht.“ Da wussten wir wenigstens, was der Richter glaubt. **IN WERNIGERODE NAHM DER SPARKASSEN-CHEF** seinen Abschied. Er geht in Rente. Wir horchten uns um: Ein alter Wernigeröder? Kopfschütteln antwortete uns. Nach der Rückwende war er aus Goslar gekommen. Nein, wohl keines dieser unerträglichen Großmäuler, bei seinem Amtsantritt soll er sogar gesagt haben: „Ich will einer von Euch sein“, wobei niemand exakt wusste, wen er damit meinte, aber immerhin. Und vor allem: Hierzulande wusste doch damals niemand, wie man in einer Sparkasse die Konten führt. Dank also an alle wie ihn, die uns auf die kapitalistischen Sprünge halfen.

DANN KAMEN WIR DURCH SEELOW, wo man uns in einer Schenke erzählte, dass die Armut unter den Rentnern rapide zunimmt. Ich notierte mir das, weil mir die Erklärung, die mir einer gab, sehr zu denken gab: „Ältere, die nach der Wende keine festen Job mehr bekamen, sehen sich nun mit einer mageren Rente konfrontiert.“ Ich schrieb schon, es gab mir zu denken. Können Sie sich vorstellen, was ich so dachte? **• KLAUS HUHN**

Rosa Luxemburg

fl : 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 29. Januar, 18 Uhr, Leipzig
 Buchvorstellung und Diskussion: „Und dennoch Hoffnung. Peter Weiss“. Mit dem Autor Dr. Jens-Fietje Dwars, Jena. ***
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 30. Januar, 18.30 Uhr, Leipzig
 Buchvorstellung und Diskussion: *Rosa Luxemburg und Leipzig*. Mit dem Autor Prof. Dr. Erhard Hexelschneider.
 Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Mittwoch, 30. Januar, 19 Uhr, Dresden
 Vortrag und Diskussion: *Marx' „Kapital“ reloaded*. Mit Michael Heinrich, Redaktionsmitglied von PROKLA, Berlin.
 TU Dresden, Hörsaalzentrum, Bergstr. 64

Mittwoch, 6. Februar, 19 Uhr
 Vortrag und Diskussion: *Materialistische Staatstheorie und die Linke*. Mit Ingo Stützle, Politikwissenschaftler.
 Ort wird noch bekannt gegeben

Donnerstag, 7. Februar, 18 Uhr, Leipzig
 Lesung und Diskussion: *In historischer Mission. Erinnerungen eines Staatsmannes*. Mit dem Autor Hans Modrow. Moderat.: Dr. Monika Runge, MdL. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.
 Die Veranstaltungen sind öffentlich.

BUCHHANDLUNG RIJAP
 GbR

Literatur für SIE
Im Januar neu bei uns:

Fidel Castro. Ein Bildporträt des Máximo Líder.
 White Star, 29,95 Euro

Wolfgang Stumph, Norbert Weiß: *Sächsische populäre Irrtümer.*
 bebra, 19,90 Euro

Mensch Angie. Ein intimer Lauschangriff auf die beste Kanzlerin, die wir haben. Zeitgeist Media, 9,80 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.
 Wir liefern in Leipzig frei Haus!
 In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!
 Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
 fl 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
 www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der
Filiale Axispassage
 04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum
 04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center
 04357 Mockauer Str. 123



Auch in diesem Jahr ist die Lüneburger Heide eine Reise wert, besonders wenn man unter Freunden und Kameraden/innen den Urlaub im Ferienheim „Heideruh“ erleben kann.
 Ausflüge in die Umgebung mit unserem Kleinbus werden durchgeführt.
 Ab 6 Personen besteht ein Haus zu Haus Service.
 Wir bedanken uns bei allen, die uns mit einer Spende bedacht haben.
 Achtung! Unser „13. Heideruher Kaffeeplätzchen“ findet am Samstag, dem 23. Februar 2008 ab 14 Uhr im Kongress-Hotel, Fürstenwalder Damm, Berlin-Rahnsdorf statt.

Heideruh e.V., Ahornweg 45, 21244 Buchholz Ld.N.
 Tel.: 04181/8725, Fax: 04181/28114, Mail: heideruh@t-online.de

ISOR e. V.

Beratungen für Rentner und angehende Rentner, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, AAÜG vom Rentenstrafrecht bedroht sind.
 Sprechstunden jeden vierten Mittwoch, 16–17 Uhr im SZM, Str. des 18. Oktober 10 a, Leipzig.

Cineding
 Leipzig, Karl-Heine-Str.

The District, 1.–6. 2., 20.15 Uhr;
 1. 2., 22.30 Uhr
Control, 1., 5., 6. und 10. 2., 20.15 Uhr; 2.–7. 2., 22.30 Uhr
Astronaut Farmer, 1., 3.–10. 2., 22.30 Uhr; 7. 2., 20.15 Uhr
Holunderblüte, 7.–10. 2., 20.15 Uhr
Argentinische Filmtage
 2.–10. 2.:
Mi mejor enemigo, 2. 2., 20 Uhr
Cinevivo, Kurzfilme, 2. 2., 22 Uhr
M, 3. 2., 20 Uhr
Buenos Aires 100 km, 4. 2., 20 Uhr
Trelew, 6. 2., 18 Uhr
Judios en el espacio, 8. 2., 20 Uhr
El Cielo, 9. 2., 20.45 Uhr
Olga, Victoria Olga, 9. 2., 22.30 Uhr

Initiative Christliche Linke

11. 2., 18 Uhr, Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig: Vortrag Hermann Gerathewohl-Martin Luther King. Zum 40. Todestag des US-amerikanischen Bürgerrechtlers und Baptistenpredigers.

Theatrium
 Leipzig, Miltitzer Allee 52

26. 1., 16 Uhr: *Hamlet – ein Versuch*, Gastspiel MRV St. Georg
 11. – 14. 2., 10.30 Uhr: *Bäcker Olaf und die Stimme des Mondes*, P 4.

Unser Genosse Herbert Steinbrecher begeht am 3. Februar seinen 75. Geburtstag.
Wir gratulieren herzlichst und wünschen dir, lieber Herbert, ALLES ERDENKLICH GUTE.
 Deine Genossinnen und Genossen
 des Ortsverbandes
 Connewitz / Dölitz
 der Partei DIE LINKE

BRECHT RUFT 110!
 Ein literarischer Benefizabend zugunsten des Straßenkinder Leipzig e.V. unter Mitwirkung namhafter Leipziger Künstler
 11. 2., 20 Uhr, MORITZBASTEI Leipzig, Veranstaltungstonne
 Eintritt: 10.00 Euro



Nix wie weg!
 Grad noch eine LN erwischt ...

Damit auch andere nicht leer ausgehen, sind wir wieder mal sehr auf Ihre Hilfe angewiesen.

SPENDEN an:
 Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig,
 Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92,
 Kennwort: Spende für LN
 Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:
LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort
 evtl. Telefon
 e-mail-Adresse

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundennummer
 Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort

Normal-Abo (13 Euro im Halbjahr)
 Studierenden-Abo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
 Probe-Abo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)
 Internet-Abo (15 Euro im Jahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5 Euro.

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut
 BLZ
 Kontonummer
 Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
 Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post/e-mail zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor Bezugsende** in der Redaktion kündigt.

Ach, Tränen lügen ... doch!

VERGISS DAS TASCHENTUCH NICHT! So lautete über Generationen hinweg einer der Liebessätze der Mütter, wenn die Töchter aber auch die Söhne abends aus dem Haus gingen. Es gehörte scheinbar zum guten Ton, etwas zum Schnäuzen oder Schluchzen zu haben, wenn es denn schon mal sein muss.

„Denk' bloß nicht, ich heule“, protestierte 1965 ein junger Mann in dem gleichnamigen DEFA-Film. Und zwar so nachhaltig, dass er damals für die Kinos tabu war.

Ein älterer Mann ließ mal in die Zeitungen schreiben: „Wir weinen ihnen keine Träne nach.“, als Hals über Kopf und über Zäune eliche seiner Landeskinder andere Weiten und Welten suchten. Das Volk sah die Anglegenheit allerdings nicht ganz so trocken.

„Man sagt, schön sei's auch für den edlen Mann, in bitterem Schmerz Tränen zu vergießen.“ Der Satz ging in die Weltliteratur ein, denn er wird Euripides nachgesagt.

Es geht aber auch viel banaler: „Tränen lügen nicht...“ Haben Sie noch diese Schlagerhymne aus den 70er Jahren im Ohr?

Seit 2008 glaube ich: Tränen lügen doch! In diesem Falle sind es nicht feuchte Gesichtspetler nach irgendeiner Liebelei. Denn als die First Lady seinerzeit von ihrem Bill im „Weißen Haus“ betrogen wurde, da bekam

ihr Gesicht feste Züge, und sie nahm ihren untreuen Präsidentengatten an die Hand, und zeigte ihm, wo es fortan lang geht. Bilder die um die Welt gingen, als er nach seinem Taschentuch fingerte. Jetzt will die Erfolgsgewohnte weiter nach oben steigen, kam aber nach den ersten Schritten ins Stolpern, denn so ein unbekannter Kerl stahl ihr anfangs die Schau und die Stimmen, bis sie sich entschloss, drei Tränchen wegzudrücken. Und die amerikanischen Vorwähler sind seitdem ganz gerührt. Andere wenden sich mit Grausen ab und denken, wenn das hier in Deutschland Schule machen sollte!

Erinnern Sie sich, als vor den Fernsehkameras kürzlich ein hiesiger Regierungschef – vor seinem politischen Ende – der Widersacherin ganz böse in die Augen blitzte. Stellen sie sich vor, diese Frau – unsere jetzige Regentin – hätte in die Kamera geheult und alle wären gerührt gewesen und hätten gerufen: Angela, Du darfst nun unsere Kanzlerin sein. Gruslig, ein Wahlvolk, das sich von Tränendrüsen beeindruckend lässt.

Schlag nach bei Shakespeare, denn bei dem steht auch das schon drin:

„Oh Teufel! Könnte die Erde sich von Weibertränen schwängern, aus jedem Tropfen wüchs' ein Krokodil...“.

• MIC

Umfrage mit Dummfrage

SCHAUT EUCH NICHT UM, DER UMFRAGEGEIST GEHT UM ...

Politische Umfragen sind eine bewährte Art von Arbeitsbeschaffung. Das Umfrage-Klientel behauptet, sie wären ein Beitrag zur Demokratie in Deutschland, denn wenn Politiker wüssten, wie das Volk denkt, würden sie ihre Politik danach ausrichten. Das kann stimmen, aber was unterm Strich bei ihnen herauskommt, muss nicht des Volkes Wille sein. Immerhin kann Herrschaftswissen ein Resultat sein, vorausgesetzt, die Fragen sind nicht zu blöd.

Neuerdings sind auch andere Umfragezwecke im Spiel, nämlich Volkes Wille und Meinung, falls noch nicht wie gewünscht vorhanden oder im Dunklen dahindämm-

ernd, auf Vordermann und ans Licht zu bringen, um damit beispielsweise dem politischen Gegner eins auszuwischen. Das bezweckte offenbar auch die TED-Umfrage „Gibt es in Deutschland zu viele kriminelle junge Ausländer?“ Dann wurde gezählt und ausgewertet und das Ergebnis ist genauso dumm wie nach der Frage zu erwarten war. Wollten die 90 Prozent Ja-Stimmen Herrn Koch wirklich eine Wahlkampfhilfe geben? Das ist kaum anzunehmen. Denn wenn man sich überhaupt auf solche dummen Fragen einlässt, kann man bei reiflicher Überlegung ja wirklich nur Ja wählen. Schließlich, jeder Kriminelle ist einer zu viel, egal ob jung oder alt, ob In- oder Ausländer.

• DETLEF DOHLE

Leipziger (Musik-) Silbenrätsel

al-beet-ber-t-de-den-e-ge-hal-haus-ho-irm-le-ler-lin-lip-ma-mann-nau-ner-ner-neu-oels-renft-rotzsch-si-se-tap-tho-pert-ven-wand-zie

- 1.) In Leipzig ein Auftrittsort Benjamins Giglis
- 2.) In Leipzig erfundener Tanzschritt
- 3.) In Leipzig Denkmal eines Berühmten
- 4.) Frühere Leipziger Jugenddisco (heute ein Schuhsalon)
- 5.) Legendärer Name eines Leipziger Musikers
- 6.) Nicht mehr existierende Leipziger Musikalienhandlung
- 7.) Hier steht die Musikalische Komödie
- 8.) Noch existierende Leipziger Musikalienhandlung
- 9.) Einstiger Thomaskantor
- 10.) Leipziger Konkurrent der Kruzianer
- 11.) Leipziger Operndiva
- 12.) Einstige Pianofabrik an der Barfußmühle
- 13.) Gewandhauskapellmeister von 1964 bis 1968
- 14.) Leipziger Musentempel in drei Varianten

Die Anfangsbuchstaben ergeben den Vor- und Familiennamen eines berühmten Komponisten, der auch in Leipzig wirkte.

Auflösung aus LN 25 / 26 : Braustraße - Über - Geld - Ehrenhain - Rienzi - Euroszene - Napoleon-Theaterdonner-Sachsensumpf-Cineding-Hartmann-Engelsdorf-Iskra - Die Bunten
Lösungswort: BÜRGERENTSCHEID

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Etwa 60 Prozent der Georgier sind arbeitslos.

ZDF 4. 1.

Detroit, die frühere Autostadt der USA verfällt. Ganze Stadtteile stehen leer. Innerhalb von zehn Jahren ist die Einwohnerzahl von zwei Millionen auf 800 000 gesunken. Im Stadtgebiet gibt es immer mehr Flächen, auf denen Gemüse angebaut wird. Nach Detroit fährt kein Zug mehr.

Die deutschen Nachrichtensendungen vermitteln ein Weltbild – aber kein Bild von der Welt (Walter von Rossum)

beides 3sat. 7. 1.

Der Chef der Regionalregierung von Südtirol (Italien) verdient mehr als die deutsche Bundeskanzlerin.

DLF 8. 1.

Ein Zoosprecher (des Zoos in Westberlin) ließ über Elefanten und Nashörner wissen: „Die sind wie kleine Kinder und merken nicht, wenn ihnen Ohren und Schwänze abfrieren.“

ND 8. 1.

2006 hat die BRD eine Million Tonnen Kupfererze und Konzentrate, vor allem aus Chile, impor-

tiert. Jetzt werden in der Lausitz bei Spremberg bereits zu DDR-Zeiten niedergebrachte Bohrungen wiederholt. Man vermutet in dem Gebiet einen Kupfergürtel.

3sat 8. 1.

Bis zur Präsidentenwahl in den USA werden die Kandidaten eine Milliarde Dollar für Wahlkämpfe ausgegeben haben.

ZDF 8. 1.

Und es gibt Filme mit Folgen: Das Dschingis-Khan-Opus „Der Eroberer“ ist wohl der berühmteste Fall. Denn nach dem Dreh in der Wüste Utahs unweit eines Atomgeländes, erkrankten von 220 Teammitgliedern 91 an Krebs.

1980 waren 46 von ihnen tot, auch die vier Stars und Regisseur Powell.

LVZ 10. 1.

Gegenwärtig arbeiten bereits 16 000 deutsche Ärzte im Ausland.

DLF 14. 1.

• ENTDECKT VON
MANFRED ERBE

PS.: Leider wurde durch ein redaktionelles Versehen in LN-Nr.1 bei den stets exakt recherchierten Fundsachen unseres Sammlers aus einer Post-Stunde eine Post-Studie.

Über Medien

Unter
Unabhängigkeit und
Freiheit verstehen
einige Medien,
unabhängig von
Tatsachen
zu berichten und frei
von einer eigenen
Meinung zu sein.

*

Fernsehen oder
Weitsicht, das ist
hier die Frage.

*

Das Interessanteste
an den Nachrichten
ist das, worüber sie
nicht berichten.

R. LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1,30 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung,

Anzeigen, Werbung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig,
Tel./Fax Redaktion: 0341/21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht haftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

21. Januar 2008

Die nächste Ausgabe erscheint am

8. Februar 2008

Spendenkonto

für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der

Sparkasse Leipzig,

BLZ: 860 555 92,

Konto: 11 50 11 48 40